

Saar-Freund

Nachrichten aus dem
abgetrennten
Saar- und Pfalzgebiet



Mitteilungsblatt
des
Bundes der Saar-Vereine

Nummer 2 • 9. Jahrgang

Berlin, 15. Januar 1928

Die Saarfrage hat nichts von ihrem Ernste verloren.

Von Karl Dilmert-Frankfurt a. M.

Unter den für das Saargebiet in Frage kommenden Verhältnissen ist es ganz erklärlich, daß die führenden politischen Zeitungen an der Saar aus Anlaß des Jahreswechsels besondere Betrachtungen über die sich auf das Saarland beziehenden politischen Ereignisse im abgelaufenen Jahre anstellen und Vergleiche zwischen Hoffnungen und Erfüllungen ziehen. In diesem Jahre geschieht dies in der Hauptsache dadurch, daß sie führende politische Persönlichkeiten zu Worte kommen lassen. So legt z. B. in der „Saarbrücker Zeitung“ der Vorsitzende der Deutsch-Saarländischen Volkspartei, Herr Malermeister Schmelzer, Saarbrücken, M. d. L., in einem längeren, „Das Saargebiet im Zeitenwandel“ überschriebenen Aufsatz dar, wie er das, was das Jahr 1927 für das Saargebiet gebracht hat, beurteilt.

An die Spitze seiner Ausführungen stellt er den Satz: „Das abgelaufene Jahr hat keine größeren politischen Ereignisse gebracht, weder auf dem großen Welttheater, noch in unserer engeren Heimat, dem Saargebiet.“ Herr Schmelzer geht dann zunächst zu einer Besprechung der wichtigen außenpolitischen Vorgänge über, namentlich auf die gegen Ende des Jahres durch Herrn Parker Gilbert veranlaßte Erörterung der Reparationsfrage. Dabei kommt er zu der Ansicht, daß man hierin den Vor-schimmer der kommenden Morgenröte, die auch für das Saargebiet den Anbruch des Tages der Freiheit bedeuten könne, erblicken dürfe. Zu den hauptsächlichsten Vorgängen an der Saar rechnet Herr Schmelzer den Präsidentenwechsel und die Ersetzung des französischen Militärs durch einen Bahnschutz. Beim Lesen dieses Abschnittes kommt man, ohne daß es ausgesprochen wird, zu der Ansicht, daß er in dem Präsidentenwechsel keinen Gewinn für das Saargebiet erblickt, wenigstens bisher nicht; denn nachdem er mit Nachdruck betont hat, daß der Vorgänger des jetzigen Präsidenten, Herr Stephens, stets willens gewesen sei, sich mit der Bevölkerung zu verständigen, sagt er von dem jetzigen Präsidenten, Herrn Wilton, man wisse von ihm bisher nur sehr wenig, „das Gute nur vom Hörensagen.“ Und dann heißt es wörtlich weiter: „Eine engere Verbindung mit der Bevölkerung oder ihren Vertretern hat er (Herr Wilton, d. V.) noch nicht aufgenommen. Ob die Zeit für ihn noch zu kurz war, ob es die sprachlichen Schwierigkeiten sind, ob es großbritannischer Stolz ist, oder ob er bei der Abwicklung der Saarangelegenheit, nach der anderen Seite hin unbelastet dastehen möchte — das alles wissen wir nicht. Wir kennen ihn noch nicht. Nur soviel wissen wir, daß er bis jetzt an den Methoden der Regierungskommission gegenüber dem Landesrat noch nichts geändert hat. Die Anhörung des Landesrates vollzieht sich in genau den gleichen Formen

wie früher, aber vielleicht hängt das damit zusammen, daß er noch „Präsident der Minderheit“ ist.“

Herr Schmelzer glaubt aber annehmen zu dürfen, daß sich das ändern kann, wenn Herr Lambert durch einen neutralen Mann ersetzt wird, was er für den kommenden März erwartet. Eine weitergehende Hoffnung zu hegen, erscheint ihm nicht angebracht. Sein Urteil über den Bahnschutz geht dahin: „Alles in allem genommen ist der Bahnschutz das Gleiche, was die Besatzungstruppe war, und die Stadt Saarbrücken ist für das französische Militär auch geblieben, was sie war, nämlich ein Etappenort der Rheinarmee.“ Dies sei von der Regierungskommission dadurch noch unterstrichen worden, daß sie eine Kaserne als ständiges Etappenquartier für die Rheinarmee zur Verfügung gestellt habe.

Bei der Prüfung der wirtschaftlichen Lage stellt Herr Schmelzer fest, daß die großen wirtschaftlichen Erschütterungen, die das Saargebiet in besonderem Maße getroffen haben, „in der Unsinigkeit des Saarregimes überhaupt liegen.“ Seiner Ansicht nach denkt Frankreich infolge der „Riesengewinne aus den Bergwerken, der erschlissenen Steuervorteile, der billigen Kredite, der großen Gewinne des französischen Handels“ an der Saar usw. nicht daran, auf seine Saarpläne eher als nötig zu verzichten. Für ihn ist es ein Trost, daß die deutsche Reichsregierung auch im verflossenen Jahre wieder an das Saargebiet gedacht und ihm geholfen hat. Er bezeichnet es als eine Aufgabe aller „Verantwortlichen im Saargebiet, den Versuch zu machen, die Regierungskommission dazu zu bringen, daß sie ihre erste und vornehmste Pflicht in der Förderung des Wohles der Bevölkerung erblickt.“ Um dies zu erreichen, ruft er zur Einigkeit auf, die im Saargebiet auch bei den kommenden Wahlen zum Landesrat soweit wie möglich gezeigt werden müsse. Sein Wunsch geht dahin, daß die diesjährige Landesratswahl die letzte sein möge. Und er schließt: „Wenn es auch nicht möglich sein sollte, daß das kommende Jahr das letzte der Fremdherrschaft ist, dann möge uns wenigstens das Schicksal den beginnenden Abbau beschleunigen; die in nächster Nähe stehende Aussicht auf die Wiedervereinigung mit unserem Vaterlande!“

Dieser Ausgabe liegt die Nr. 1, Jahrgang 4,
der „Saarheimatbilder“ bei.

In der „Saarbrücker Landes-Zeitung“ kommt Herr R. Kiefer, M. d. L. und Vorsitzender der Zentrumsparlei des Saargebietes, der als Schriftleiter des „Saar-Bergknappen“ auch engstens verbunden ist mit der christlich-nationalen Arbeiterbewegung an der Saar ausführlich zu Wort. Das Ergebnis seines Rückblickes faßt er gewissermaßen in folgenden Sätzen zusammen: „Das eine wissen wir, daß kein Locarno und kein Thoiry das abgelaufene Jahr auszeichnet. Es wurde in seinem Verlaufe auch nicht mehr soviel geredet vom „Geiste von Locarno und Thoiry“, aber auch nicht danach gehandelt. Wohl, weil die alte Wahrheit immer noch gilt vom „willigen Geiste und vom schwachen Fleische“. Was heißen soll, daß auch in der „hohen internationalen Politik“ Theorie und Praxis zwei verschiedene Dinge sind. Wir Deutsche, zumal wir im Saargebiet, erfahren das ja zur Genüge. Das Jahr 1927 bildet darin keine Ausnahme, wie die unverdächtigen Zeugen „Rheinlandbesetzung und Saargebiet“ klar beweisen. Sie legen dem „Geiste von Locarno und Thoiry“ gewiß keine Ehre ein.

Locarno und Thoiry hatten im Saargebiet eine hoffnungsvolle Stimmung geweckt. Unentwegte Optimisten glaubten, nunmehr sei die Erlösung des Saargebietes aus unwürdiger Bevormundung in greifbare Nähe gerückt. Die Anzeichen schienen ja „untrüglich“ zu sein, daß das Jahr 1928 die Erlösung brächte. Wir stehen an keiner Schwelle. Bringt es uns die heißersehnte vom ganzen Volke oft geforderte einzig natürliche Lösung: die Rückkehr zum Reich?

Wird sich die hohe Diplomatie zur Wiedergutmachung des in Versailles begangenen Unrechts bald aufraffen? Die heutigen Anzeichen sprechen leider nicht dafür. Die Vorgänge in Genf im vergangenen Jahre, die dort gefällten Entscheidungen waren keine Etappen zur baldigen Lösung. Der Versailler Vertrag gilt noch zu sehr, als „Heiligtum“ als ein wahres „Kräutchen-rühr-mich-nicht-an“. Wegen dieser Feststellung braucht man kein großer Pessimist oder ein mut- und kraftloser Fatalist zu sein. Wir müssen schon Optimisten trotz allem bleiben, Optimisten zäher und praktischer Arbeit, die uns Schritt um Schritt dem Ziele näher bringt.

Herr Kiefer gehörte nie zu den Pessimisten. Im Gegenteil. Aber auch er sieht keinen Fortschritt, sagt: „Wir müssen schon Optimisten trotz allem bleiben“, um in zäher und praktischer Arbeit Schritt um Schritt dem Ziele näher zu kommen. Und an einer anderen Stelle führt er aus: „Im vergangenen Jahre wurde in der Lösung der Saarfrage kein großer Schritt nach vorwärts gemacht“. Den Bahnschuh nennt er ein Verstecken des offiziellen französischen Militärs „hinter dem Feigenblatt“ Bahnschuh.“

Ueber die Stellung der Zentrumsparlei zur Regierungskommission sagt Herr Kiefer: „Für ihr Urteil und ihre Haltung sind nicht die Personen an sich und ihre Herkunft maßgebend, sondern ihre Taten. Wer wirklich neutral seines Amtes als Trennhänder eines deutschen Volksteils und deutschen Gutes waltet, wird sich nicht zu beklagen haben. Die beiden Männer, Baugh und Stephens, die sich bemühten, der hiesigen Bevölkerung möglichst gerecht zu werden, haben erfahren, wie dankbar die deutsche Bevölkerung auch für die geringste menschliche und unparteiische Tat sein kann. Wer

aber sein ganzes Streben bei wichtigen Anlässen und Entscheidungen darauf richtet, den Interessen eines fremden Landes zu dienen, hat es sich selbst zuzuschreiben, wenn die Bevölkerung mit allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln seine Beseitigung fordert und diese Forderung zu verwirklichen trachtet.“ Im übrigen glaubt auch Herr Kiefer, daß die in Genf gemachten Zusicherungen zu der Hoffnung berechtigen, daß es mit der Zusammenziehung der Regierungskommission im Laufe des neuen Jahres besser wird. Daß die entgegenkommende Haltung Deutschlands in der Frage des Bahnschuhes keinerlei günstige Auswirkung für das Saargebiet gehabt habe, stehe fest und sei sehr bedauerlich. Es gelte nunmehr, namentlich nach den großen Wahlen, dafür zu sorgen, daß die Saarfrage grundsätzlich aufgerollt und ihre natürliche Lösung in der Rückkehr des Saargebietes zum Reiche finde.

Die „Saarbrücker Volksstimme“, das Organ der Sozialdemokratischen Partei des Saargebietes, meint in einem mit M. B. (Chefredakteur M. Braun) gezeichneten Aufsatz, daß 1928 das Jahr der Entscheidungen werden könne und zwar insofern, daß es je nach dem Ausfall der Wahlen in Frankreich und Deutschland die Möglichkeit einer Wiederangliederung des Saargebietes an das Reich bringen oder zer schlagen werde. Ueber die Lage der saarländischen Wirtschaft heißt es in dem Aufsatz: „Aber noch vor eine andere sehr wichtige Entscheidung stellt das Jahr 1928 die Saar — vor eine Entscheidung, die um so dringlicher wird, je mehr der Zeitpunkt der Rückgliederung heranrückt. Das ganze Saarvolk ist sich einig in der Forderung nach seinem innerdeutschen Lebensraum und Absatzmarkt. Aber es sind gewaltige Kräfte am Werk, die diesem berechtigten und aus Existenznotwendigkeit geborenen Bestrebungen der Saar entgegenwirken.“

Es handelt sich für die Saar um Sein oder Nichtsein, es handelt sich um die Möglichkeit des Lebensunterhalts für rund siebenhunderttausend Menschen — oder aber um ihre Bratlosmachung. Unsere ganze wirtschaftliche Lage, insbesondere im Kohlenbergbau, spricht auch für den Laien Bunde und zeigt mit zwingender Notwendigkeit, daß die Saar nur die Wahl hat zwischen härtester Selbstbehauptung oder langsamem Absterben.“

Alles in allem wird erklärt, daß die bisherigen Hoffnungen des Saarvolkes sich nicht erfüllt haben, und daß das neue Jahr ein besonders schicksalsschweres sein werde.

Ähnlich, wie die hier genannten Politiker, beurteilen auch andere führende politische und wirtschaftliche Persönlichkeiten des Saargebietes die Lage, und alle Aeußerungen zeigen, daß die Saarfrage nichts von ihrem Ernste verloren hat. Nach wie vor steht das Saargebiet vor ungeheurer großen Schwierigkeiten und Aufgaben, zu deren Lösung im Sinne der Bevölkerung es des Einflusses härtester Kräfte bedarf. Die Zuversicht, daß der Kampf an der Saar letzten Endes doch zugunsten des Deutschlands ausgehen werde, brauchen wir. Sie ist auch vorhanden und nicht unberechtigt. Aber sie allein genügt nicht. Es muß überall, an der Saar sowohl wie im ganzen Reiche, mit festem Willen und größtem Nachdruck mit vereinten Kräften weiter gearbeitet werden an der baldigen Befreiung unserer deutschen Brüder und Schwestern aus unwürdiger Fremdherrschaft.

Deutsch-französische Saarzollverhandlungen.

In Paris laufen seit November v. J. deutsch-französische Verhandlungen über eine abschließende Regelung der Wirtschaftsbeziehungen zwischen Deutschland und dem Saargebiet. Deutscherseits werden die Verhandlungen von Ministerialrat Dr. Weymann vom Reichsfinanzministerium geführt, während der französische Delegationsführer Ministerialdirektor Serruys ist. Die Verhandlungen sind bekanntlich erforderlich, nachdem die bisherigen Abkommen über den Saarzollverkehr in Zusammen-

hang mit den bisherigen kurzfristigen provisorischen Handelsabmachungen zwischen Deutschland und Frankreich standen, die bekanntlich durch den Abschluß eines vorläufigen deutsch-französischen Wirtschaftsabkommens abgelöst worden sind. Die bisherigen Saarzollabkommen vom August und November 1926 wurden zwar von Monat zu Monat verlängert, sie regelten aber den deutsch-saarländischen Warenverkehr nur in ganz unzulänglicher Weise, da sie nur eine beschränkte Zahl von Waren-

gattungen, vor allem Glas und Keramikwaren umfassten. Schon bei den Abmachungen über die deutsch-französischen Handelsbeziehungen vom August d. J. wurde deutscherseits auf die Notwendigkeit hingewiesen, eine Angleichung der Saargebietsbestimmungen an die neuen deutsch-französischen Wirtschaftsbestimmungen herbeizuführen, die nach der bisherigen Regelung des Saargebietes benachteiligt würden.

Letzten Endes handelt es sich bei den jetzigen deutsch-französischen Saargebietsverhandlungen um das Bestreben, die bisherigen Teilabkommen zusammenzufassen und aus den kurzfristigen provisorischen Vereinbarungen ein einheitliches Gebilde mit möglichst langfristiger Dauer zu schaffen. Nur dadurch wäre es möglich, den deutsch-saarländischen Güteraustausch in ruhige und gesunde Bahnen zu lenken und damit eine gewisse Stabilität der wirtschaftlichen Verhältnisse des Saargebietes zu erreichen.

Die Verhandlungen haben sich keineswegs leicht gestaltet, nachdem aus den Verhandlungen des sog. franko-saarländischen Wirtschaftskongresses vor einigen Wochen ganz klar hervorging, daß man von beiden Seiten der französischen Wirtschaft darauf hinarbeitet, dem deutsch-saarländischen Wirtschaftsverkehr möglichst Schwierigkeiten zu bereiten. Dieses Bestreben liegt bei den französischen Wirtschaftlern allgemein und bei den französischen Industriellen des Saargebietes im besonderen vor. Aus den Veröffentlichungen des Gründers der franko-saarländischen Handelskammer, Bringolf, weiß man, daß die französischen Wirtschaftler im Saargebiet nicht nur wirtschaftliche, sondern auch politische Aufgaben zu verfolgen haben. Die französische Propaganda an der Saar arbeitet nicht nur ideell, sondern auch materiell mit der französischen Saarwirtschaft einschließlich der französischen Grubenverwaltung Hand in Hand. Die französische Wirtschaftspolitik an der Saar geht darauf aus, aus dem Saargebiet möglichst großen materiellen Gewinn herauszuziehen. Man läßt sich daher die von deutscher Seite seit Monaten gewährten Zollstundungen gern gefallen, versucht aber andererseits die Saargrenzlinie gegen die deutsche Einfuhr möglichst hoch aufzurichten. In den letzten Monaten hat es daher die von der französischen Schwerindustrie abhängige französische Presse unternommen, die französischen amtlichen Wirtschaftsstellen dafür zu interessieren, der französischen Wirtschaft möglichst große Abfederleichterungen im Saargebiet zu schaffen. Auf verschiedenen Warengebieten ist es dadurch auch gelungen, die deutsche Konkurrenz im Saargebiet vollkommen auszuschalten. Das gilt vor allem von Automobilen, Fahrrädern, ferner von französischen Stoffen, Seifen, Parfümerien und vielem anderen. Es ist trotzdem bezeichnend, daß die Saargebietsbevölkerung, wenn sie es irgendwie erschwären kann, lieber die teureren deutschen Erzeugnisse kauft als die minderwertigen französischen Ware. Das möchte man französischerseits völlig unmöglich machen.

Andererseits kann Frankreich, wenn es sich mit Deutschland über seine Wirtschaftsbeziehungen verständigen will, nicht an der Tatsache vorbeigehen, daß die ganze Wirtschaftsstruktur sich auf die deutsche Wirtschaft aufbaut, die Bedürfnisse nach deutschen Waren, vor allem nach deutschen Ersatzteilen, so zwingend sind, eine Nichtberücksichtigung dieser Tatsache die gesamte saarländische Wirtschaft technisch zum Erliegen bringen müßte. So sind für das Saargebiet unentbehrlich die zahlreichen Roh- und Hilfsstoffe der nach deutschen Normen und deutschen Grundrissen arbeitenden Verfeinerungsindustrien des Saargebietes, ferner, wie schon erwähnt, Maschinenteile und bestimmte Spezialmaschinen, ferner Möbel, Textilien, Schuhwaren, Spielwaren, Eisenwaren, Chemikalien, Drogen, Papierwaren usw. In den jetzt schwebenden Verhandlungen wird es sich also darum handeln, den Unentbehrlichkeitsbegriff für alle diese Waren, die die Lebensfähigkeit der saarländischen Wirtschaft bedingen, festzustellen. Unter dem Einfluß der französischen Wirtschaft, die sich des Saargebietes immer mehr als Absatzgebiet bemächtigt, wird es nicht immer leicht sein, die Unentbehrlichkeit der einzelnen Waren durchzudrücken. Der Erfolg der Verhandlungen wird letzten Endes davon abhängen, ob die französische Regierung mehr dazu neigt, im Sinne der Verständigungspolitik den wirtschaftlichen Tatsachen des Saargebietes Rechnung zu tragen, oder ob sie sich dem Druck jener französischen Wirtschaftskreise unterwirft, die in der Verfechtung rein privatwirtschaftlicher Interessen auf die Ausbeutung des Saargebietes ausgehen.

Über eines herrscht auf beiden Seiten Klarheit: der französische Inlandsmarkt ist weder in der Lage noch willens, die saarländische Produktion, gleich welcher Art, aufzunehmen. Seine

Abwehrstellung erklärt sich schon aus der einen Tatsache, daß z. B. die saarländische Produktion an keramischen und Glaswaren die gesamte französische Inlandsproduktion übersteigt. Wenn Frankreich aus wirtschaftlichen Gründen Wert darauf legt, daß Deutschland für die Einfuhr saarländischer Erzeugnisse Zollerleichterungen gewährt, dann kann das nur Verdrängung finden, wenn Frankreich andererseits der Saarwirtschaft die Möglichkeit gibt, jene Waren in Deutschland einzukaufen, die entsprechend der gesamten saarländischen Wirtschaftsstruktur eben nur aus Deutschland bezogen werden können.

Die Verhandlungen dauern zurzeit noch an; nach einer Mitteilung der Saarbrücker Handelskammer haben sie in der letzten Zeit befriedigende Fortschritte gemacht, wenn auch eine Reihe von wesentlichen Forderungen noch nicht geregelt worden sei. In diesen Kreisen rechnet man auf Grund des jetzigen Standes der Verhandlungen sogar mit ihrem baldigen Abschluß.

Von Seiten der französischen Presse sind auch die deutsch-französischen Saargebietsverhandlungen zum Anlaß genommen worden, um die französischen Ansprüche auf das Saargebiet erneut hervorzuheben. Besonders der „Temps“ behandelte im Zusammenhang mit der am 10. Januar erfolgten Wiederannahme der Saarverhandlungen die politische Seite der Saarfrage und verdächtigte dabei die deutsche Delegation der politischen Quertreiberei. Das Blatt sagte u. a., Deutschland glaube „in verfrähter Hoffnung, daß es das Spiel im Saargebiet jetzt schon endgültig gewonnen habe“, weshalb sein Bestreben in den Saarverhandlungen darauf hinausgehe, die Zollgrenze zwischen dem Saargebiet und Deutschland niederzureißen und die Basis des ganzen Saarstatuts, die wirtschaftliche und zollpolitische Einheit mit Frankreich, aufzuheben. Zu diesem Zwecke habe Deutschland das in den „internationalen“ Wirtschaftsbeziehungen einzigartige Vorgehen gewählt, der saarländischen Einfuhr nach Deutschland jeden Zoll zu stunden. Darüber hinaus habe es durch eine hartnäckige Presselampagne die französischen Waren schlecht gemacht, sie als minderwertig und ungeeignet zur Befriedigung des saarländischen Geschmacks und der saarländischen Bedürfnisse hingestellt.

In diesen Ausfällen des „Temps“ bemerkt der Pariser Sonderberichterstatter der „Saarbrücker Landeszeitung“ mit Recht, daß in dieser Darstellung vollkommen vergessen werde, zu erwähnen, daß das Saargebiet in seiner typischen Struktur als Industrieexportland auf seine alten Absatzmärkte im Rheinland und Süddeutschland angewiesen ist. Der französische Markt ist von der eigenen Industrie genügend gesättigt, so daß schon aus diesem Grunde dort kein Platz mehr ist für die saarländische Produktion. Außerdem ist der Absatz der Saarwaren nach Frankreich dadurch erschwert, daß die Produktion ausschließlich auf deutschen Geschmack eingestellt ist. Andererseits wiederum ist das Saargebiet auf Zufuhr von Deutschland angewiesen, denn einmal besteht der ganze saarländische Produktionsapparat aus deutschen Maschinen, die der Ergänzung bedürfen, und dann lassen sich zahlreiche Bedürfnisse des Saargebietes wiederum wegen des Geschmacksunterschiedes nur in Deutschland befriedigen. Dazu kommt dann weiter noch die Tatsache, daß in den Kriegs- und Nachkriegsjahren im Saargebiet zahlreiche junge Industriezweige ausblühten, darunter namentlich die Textil- und Bekleidungsindustrie, die Möbelindustrie, die Papier- und Kartonagenindustrie und die Lebensmittelindustrie. All diese neuen Industriezweige, die den außerordentlich wichtigen volkswirtschaftlichen Vorteil mit sich bringen, daß sie im Lande der Berg- und Hüttenarbeiter auch der Frauenarbeit in der Produktion einen größeren Platz einräumen, bedürfen der ungehinderten Ausfuhr, um sich weiter entwickeln zu können. Die französischen Unterhändler haben sich aber bisher den meisten Ein- und Ausfuhrwünschen des Saargebietes verschlossen mit dem Argument, daß sie das Saargebiet gegenüber Elsass-Lothringen nicht begünstigen könnten.

Es ist also vollkommen unberechtigt, wenn der „Temps“ weiter behauptet, daß die deutsche Delegation lediglich aus der Anwesenheit eines Vertreters des Finanzministeriums bei den Saarverhandlungen die Schlussfolgerung gezogen habe, daß Frankreich Elsass-Lothringen in den Vordergrund schiebe und die Verhandlungen unbedingt erschweren wolle. Richtig allerdings ist, daß der Vertreter des Finanzministeriums seine Aufgabe nicht gerade in einer Erleichterung der Verhandlungen sah. Wenn dann der „Temps“ weiter behauptet, daß die deutsch-französischen Handelskammer eine ausschlaggebende Rolle bei den Verhandlungen gespielt habe, so kann diese Behauptung bei allen vernünftigen Kreisen nur ein Achselzucken hervorrufen, denn es

läßt sich nicht länger bestreiten. Die Memoiren des ersten Generalsekretärs dieser famosen Handelskammer haben es deutlich bewiesen, daß es sich hier nicht um eine wirtschaftliche Körperschaft von auch nur geringer Bedeutung, sondern ausschließlich um eine politische Propagandagründung handelt, deren Einfluß im Saargebiet durchaus Null ist.

Der „Temps“ vergißt auch völlig, daß die von ihm gerügten Zollstundungen wie den deutschen ebenso den französischen Industriellen zugute gekommen sind und daß diese längst ihre Werke hätten schließen müssen, wenn das Reich nicht auf die Zölle verzichtet hätte. Ohne die Unterstützung des Reiches wäre das Völkerbundsexperiment an der Saar, das ist die feste Überzeugung aller Kenner der saarländischen Wirtschaftslage, längst infolge seines wirtschaftlichen Widersinnes zusammengebrochen. Aber auch mit Hilfe des Reiches, die naturgemäß nur eine begrenzte sein kann wegen des Mangels an Mitteln, kann sich die Wirtschaft des Saargebietes nur mühsam von einem Tage zum anderen weitererschleppen. Wenn das Reich das Spiel im Saargebiet in kürzester Zeit gewinnen wollte, dann brauchte es nur seine hilfreiche Hand zurückzuziehen. Dann hätten wir unter Garantie in einem halben Jahre die Katastrophe.

Es ist hier an dieser Stelle schon kürzlich zu der Frage der Zollstundungen angeführt worden, daß Deutschland es nicht nötig hat, mit Geldmitteln die Bevölkerung bei guter Stimmung für Deutschland zu erhalten. Da aber Saarregierung, Völkerbund und Frankreich hinsichtlich der Schaffung wirtschaftlich gesunder Grundlagen für das Saargebiet vollkommen ver-

sagt haben, so sah sich die deutsche Regierung eben gezwungen, im Interesse der deutschen Arbeiterschaft an der Saar durch Zollstundungen die Aufrechterhaltung der Betriebe an der Saar zu ermöglichen. Uebrigens lassen sich die französischen Unternehmer diese Zollstundungen gern gefallen, ohne welche sie wahrscheinlich längst hätten das Saargebiet verlassen müssen. Hier profitieren die französischen Unternehmer aber von dem sozialen Empfinden der deutschen Regierung. Würde die Saarregierung nur annähernd ein gleiches soziales Empfinden aufzuweisen haben, dann stünde es im Saargebiet sozial- und wirtschaftspolitisch wahrscheinlich wesentlich besser.

Was schließlich die Klagen des „Temps“ über die deutsche Propaganda gegen die Beschaffenheit der französischen Waren betrifft, so kann man dem Blatt nur erwidern: Die Bevölkerung des Saargebietes hat den Wert deutscher Waren aus jahrzehntelanger Erfahrung am besten beurteilen gelernt, so daß sie selbst zuverlässig unterscheiden kann, von welcher Seite sie am reellsten bedient wird. Die in das Saargebiet hineingeworfene französische Ware braucht künstlich nicht schlechter gemacht werden, sie ist von Natur aus schlecht genug, daß sie, wie bereits oben erwähnt, von der Bevölkerung überall dort zurückgewiesen wird, wo sie mit deutschen Waren zu konkurrieren hat. Selbst die Kinder des Saargebietes wissen den Unterschied zwischen deutscher und französischer Ware schon so ausgezeichnet zu bewerten, wie es aus dem Ausspruch eines achtjährigen deutschen Saarjungen drastisch hervorgeht: „Das ist deutsche Ware, das ist Qualität“.

Die steuerliche Ausbeutung des Saargebietes.

Schonung des französischen Grubenfiskus.

Die Handelskammer Saarbrücken hat, wie schon gemeldet, der Saarregierung eine Denkschrift überreicht, die sich vor allem mit der skandalösen Begünstigung des französischen Saargrubenfiskus durch die Saarregierung beschäftigt. Die Denkschrift vermeidet bewußt jegliche politische Anspielung und Folgerung und läßt lediglich die Tatsachen für sich sprechen. Sie geht von dem im März 1924 zwischen Saarregierung und der französischen Republik abgeschlossenen Steuerabkommen aus, in dem ein Vergleich des Wertes der Saargruben mit dem Werte des gesamten steuerbaren Vermögens des Saargebietes angestellt worden ist, auf Grund dessen für die Saargruben eine Beteiligungsquote an dem Haushalt des Saargebietes in Höhe von etwa ein Sechstel „ermittelt“ worden ist. Hierbei ist davon ausgegangen worden, daß der Wert der Saargruben 346 Millionen G.M. und der Wert des gesamten steuerbaren Vermögens des Saargebietes 1995 Millionen Goldmark betrage. Die Denkschrift läßt es dahingestellt sein, ob der Wert der Saargruben zutreffend ist und befaßt sich eingehender mit der Errechnung des mit 1995 Millionen G.M. veranschlagten gesamten steuerbaren Vermögens des Saargebietes. Die Denkschrift stellt fest, daß das mit 1017 Millionen G.M. geschätzte steuerbare Vermögen der physischen Personen des Saargebietes um fast die Hälfte zu hoch eingeschätzt worden ist, da sie ihre Berechnungen auf völlig fiktive Annahmen stützt in der offenkundigen Absicht, damit den versteuerbaren Wertanteil des Saargrubenfiskus möglichst herabzudrücken. Die Steuerpolitik der Saarregierung ist völlig durchsichtig. Nach außen hin soll der Eindruck erweckt werden, als ob die Saargruben in gleichem Umfange zu den Steuerlasten des Saargebietes herangezogen werden wie die übrigen Steuerfaktoren.

Die Denkschrift weist nach, daß der Nutzen der durch das bekannte Grubensteuerabkommen herbeigeführten Regelung mehr auf der Seite Frankreichs, als auf der des Saargebietes ist. Das erwähnte Abkommen bringt es nämlich mit sich, daß z. B. entgegen den saarländischen und französischen Steuervorschriften bei der wechselseitigen Einfuhr eine Umsatzsteuer nicht zu erheben ist, wenn jeweils in dem Ausfuhrland eine Besteuerung der betreffenden Ausfuhr stattgefunden hat. So kommt es, daß das Saargebiet an Frankreich 21,6 Millionen Fr. Umsatzsteuer mehr zahlt, als es selbst erhält. Die Denkschrift knüpft an diese Feststellung die Forderung nach einer Regelung der gesamten Umsatzsteuerfrage mit Frankreich. „In Betracht käme“, so heißt es, „falls Frankreich und mit ihm das

Saargebiet die Umsatzsteuer nicht überhaupt aufheben will, das Wiederaufgreifen unseres früheren Vorschlags, die Verteilung des Umsatzsteueraufkommens zwischen Frankreich und dem Saargebiet nach einem festen Schlüssel vorzunehmen, oder aber zu vereinbaren, daß wechselweise die auf die Ausfuhr erhobene Umsatzsteuer an das Einfuhrland abzuführen wäre.“

Im Hinblick auf das Verhältnis zwischen Gruben und Umsatzsteuer aber wird bemerkt, „daß die Grubenverwaltung die von ihr abgeführte Umsatzsteuer angesichts ihrer Eigenschaft als Abwälzungssteuer überhaupt nicht als eigene Steuerleistung bezeichnen könne, weil es sich dabei vielmehr um eine Steuerleistung des saarländischen und französischen Verbrauches handelt.“

Der Einfluß der Zollgefälle auf die Gesamtbelastung der Gruben wird in der Schrift als gering bezeichnet, da die Grubenverwaltung nur wenig Zölle zu bezahlen habe.

Teil III der Denkschrift beschäftigt sich mit der Abgeltung der Steuerpflicht für die Zeit vor dem 1. April 1925 durch Erhebung einer Kohlensteuer.

Bis zum 1. April 1925 hat nämlich eine Heranziehung der Grubenverwaltung gemäß den Bestimmungen des Versailler Vertrages nicht stattgefunden. In dieser Zeit ist der Steuerbetrag der Gruben in Gestalt einer Kohlensteuer bezahlt worden. Die Denkschrift stellt jedoch fest, daß diese Steuer nicht von der Grubenverwaltung, sondern von den Verbrauchern getragen worden ist. Die Verpflichtungen der Regierungskommission nach § 13 der Anlage zu Artikel 45 bis 50 des Versailler Vertrages seien demnach nicht erfüllt worden.

Bemerkenswert sind die Ausführungen der Denkschrift über die Steuerpflicht der Gruben als Privatbetrieb. Danach hätten die Gruben, wenn sie als natürliche Person besteuert worden wären, im Jahre 1926 77,018 Millionen, im Jahre 1925 54,689 Millionen und im Jahre 1924 67,206 Millionen Franken an die Steuerkasse abführen müssen. Wenn sie dagegen als juristische Person besteuert worden wären, hätten sich folgende Zahlen ergeben: 71,958 Millionen, 34,843 und 49,882 Millionen. Als durchschnittliche Leistungen kämen also in dem ersten Falle 37,097 Millionen und in dem zweiten Falle 42,776 Millionen in Frage, während die Gruben augenblicklich nur eine Pauschale von etwa ein Drittel dieser Beträge bezahlen.

Ein Punkt ist bei diesen Untersuchungen besonders interessant: die Goldbilanzierung der Saargruben.

Während jedem saarländischen Unternehmen eine Goldbilanzierung angesichts der bestehenden gesetzlichen Bestimmungen unmöglich ist und sich bei ihnen oft die krassesten Verzerrungen des Bilanzbildes ergeben, sind die Gruben in der Lage, die inflationsbedingten Scheingewinne und Scheinverluste durch die Goldbilanzierung zu vermeiden. So kommt es, daß z. B. die Anlagewerte nach der Bilanz vom 10. Januar 1920 bis zum 31. Dezember 1926 nur von 287 826 363 Mk. auf 302 985 134 Mk. gestiegen sind. In Franken beträgt diese Steigerung jedoch über 1 Milliarde. Die Forderung der Saarländischen Wirtschaft nach einer Neuordnung erhält durch diese Ausführungen eine neue Unterstützung.

Nach dieser Demonstration des Unterschiedes in der Steuerbehandlung des französischen Bergfiskus und der übrigen Steuer-

pflichtigen kommt die Denkschrift zu dem Ergebnis, „daß es vielleicht nicht möglich ist, mit dem Rechenstift allein eine befriedigende Lösung zu finden. Wir glauben, die Regierungskommission müsse unter Aufhebung des früheren Abkommens in einer neuen vertraglichen Regelung mit der französischen Regierung eine gerechte Lösung finden, bei der auch die Belange der Grubenverwaltung in jeder Richtung ihre Berücksichtigung finden sollen. Wir glauben allerdings, daß hierbei eine ganz erheblich höhere Summe, als die Grubenverwaltung sie bislang abgeführt hat, herauskommt. Bei der Neuordnung müßte auch eine angemessene Nachzahlung für die vergangenen Jahre festgelegt werden.“

Die Tragik der Saar-Zollgrenze.

Es ist in letzter Zeit bei Schilderung des zermürbenden Kampfes der Saargebetsbevölkerung darauf hingewiesen worden, daß nicht immer der politische oder wirtschaftliche Kampf die Bevölkerung des Saargebets allmählich erlahmen läßt, sondern, daß sehr oft Fragen des täglichen Lebens die Seele des Volkes zernagen. Es ist vor allem für die Frauen und Mütter oft überaus schwer, auf Dinge zu verzichten, die als selbstverständlich gelten und die nie anders gewesen sind. Das Saargebiet ist räumlich ein so kleines Gebilde, daß die verwandtschaftlichen Beziehungen jeder einzelnen Familie über die künstlich an der Saar gezogenen Grenzen hinausreichen. Nichts ist selbstverständlicher, als daß diese Beziehungen heute bei der immer drückender werdenden wirtschaftlichen und politischen Not mehr denn früher gepflegt und unterhalten werden. Man besucht sich gegenseitig, tauscht in Briefen Erinnerungen aus oder knüpft alte Beziehungen durch kleine Liebesgaben wieder fester. Dabei muß man nur zu oft die doppelt bittere Erfahrung machen, daß zwischen Bande des Blutes, der Gesinnung, des Fühlens und seelischen Empfindens sich ein schroffkantiger Fremdkörper stellt: die Saar-Zollgrenze. Wie oft wiederholt sich der auf den Eisenbahnzollstationen der saarländisch-deutschen Grenze schon alltägliche gewordene Vorfall, daß der zum Verwandtenbesuch fahrende Privatreisende bei der Zollkontrolle plötzlich erfahren muß, daß der eine oder andere Gegenstand, ein Mitbringsel, eine selbstgefertigte Handarbeit, ein Andenken, ein Kinderspiel oder ähnliches, von dem Zollbeamten angehalten wird. Der betreffende Reisende wird aufgefordert, dem betreffenden Beamten zum Zollbureau zu folgen, wo er Rede und Antwort zu stehen hat, welches Reiseziel, welchen Reisezweck er hat und welches der Grund des versuchten „Warensmuggels“ sei.

Der harmlose Reisende fällt aus allen Himmeln und weiß in den meisten Fällen nur die eine Erwiderung, daß er sich doch auf deutschem Boden befindet, wo es eine Zollgrenze nicht geben könne. Solche Bemerkungen machen bei den Zollbeamten keinerlei Eindruck. Nur zu oft muß festgestellt werden, daß der deutsche Zollbeamte, obwohl er sich dessen wohl bewußt ist, daß hier kein Versuch des Warensmuggels vorliegt, sich gar zu korrekt an seine Bestimmungen hält, und Entrichtung eines mitunter recht hohen Zollobtrages verlangt oder die Beschlagnahme der betreffenden Ware auspricht. Passiert dieses Ungemach einem Saar-Deutschen, so läßt sich leicht begreifen, wenn trotz seiner Sehnsucht nach dem freien Deutschland Groll und Verbitterung gegen den deutschen Bureaucratismus zurückbleibt. Mit Bangen und Entsetzen aber denken unsere saar-Deutschen Mädchen und Frauen an das französische Zollbureau, das sie betreten müssen, wenn der französische Zöllner glaubt, auf Grund eines beanstandeten Gegenstandes im Handgepäck der betreffenden Reisenden eine gründliche Untersuchung des Gepäcks und eine Leibesvisitation vornehmen müssen.

Man stelle sich die Auswirkungen solcher Zollerlebnisse einmal vor: Ein Saar-Deutscher besucht seine deutschen Verwandten im besetzten oder unbesetzten Gebiet. Es ist selbstverständlich und begreiflich, daß er nicht mit gänzlich leeren Händen dort ankommen möchte. An der Zollgrenze hat er sowohl mit dem französischen, wie mit dem deutschen Zoll Schwierigkeiten. Die Freude, die er bereiten wollte, wandelt sich bei ihm in Gram, Verbitterung und mit Sorge denkt er an die Rückfahrt. Umgekehrt ist es nicht anders. Schon mehren sich die Klagen im Saargebiet, daß der Verwandtenbesuch aus dem besetzten und unbesetzten Gebiet im Saargebiet zurückgeht, daß sich andere persönliche Be-

ziehungen, die vor der Abgrenzung äußerst lebendig waren, absolut nicht wieder lebendig gestalten lassen wollen. Muß das nicht seelisch zermürben und unter Umständen politisch sich nicht auswirken?

Oder man denke an die Geschenke, die früher durch die Post und Bahn hin- und hergingen und die heute so gut wie restlos unterbleiben müssen. Selbst bei den geringsten Kleinigkeiten, die man als lebendiges Zeichen von Freundschaft und Verbundenheit austauschen möchte, muß mindestens mit Zollinhalts-erklärungen usw. gearbeitet werden. Das ist ein Zustand, der ebenso unnatürlich und rechtlich unhaltbar ist, wie das ganze Saargebiet überhaupt.

Es ist nicht verwunderlich, wenn sich dadurch nicht nur Unzufriedenheit, sondern auch Ungerechtigkeit vor allem gegen die deutschen Behörden geltend machen. Zweifelloso hat sich das Reichsfinanzministerium nicht taub all den im Laufe der Jahre laut gewordenen Klagen gegenüber verschlossen. Es hat versucht, Erleichterungen zu schaffen, wo sich irgendwie Möglichkeiten dazu boten. An der Tatsache aber kann man nicht vorbeigehen, daß durch die zwangsweise Einordnung des Saargebets in das französische Zollsystem für das deutsche Reich Tatsachen geschaffen wurden, die zu beseitigen nicht in der Macht der Reichs- oder Länderregierungen liegen. So widersinnig die Schaffung der Saar-Zollgrenze war, so absichtlich ist sie aus politischen Gründen von Frankreich durchgeführt worden. Die Saar-Deutschen sollten wenigstens zollrechtlich für Deutschland als Ausländer gelten und als solche behandelt werden müssen. So weit das Reich in der Lage ist, Zollschwierigkeiten zu überbrücken, geschieht es, aber gegen bestehende Gesetze und vertragliche Bestimmungen kann es Zollfreiheit für den Wareneingang aus dem Saargebiet nicht anordnen. Selbst die Abgabefreiheit für Liebesgaben mußte eingeschränkt werden, weil von französischer Seite versucht worden ist, auf diesem Wege französische Waren aus dem Saargebiet in das übrige Deutschland einzuschmuggeln.

Besondere Erleichterungen hat das Reichsfinanzministerium für im Reich studierende, aus dem Saargebiet stammende Personen erlassen. Danach sind die Zollbehörden ermächtigt, Nahrungs- und Genussmittel — mit Ausnahme der Gegenstände des feineren Tafelgenusses der Tarifnummer 216 und von Tabakerzeugnissen, Wein, Schaumwein und Spirituosen — sowie Ausstattungsgegenstände, die aus dem Saargebiet für saarländische Studenten, Schüler und sonstige, zum Zwecke ihrer Ausbildung im deutschen Zollgebiet wohnende Saarländer für den eigenen Bedarf eingehen, zollfrei zu lassen. Notwendig ist hierbei natürlich, daß sich der betreffende Student, Schüler usw. als solcher bei der Post oder der Zollbehörde gegebenenfalls legitimiert.

Bei dem Eingang von Sendungen mit Trichinenschau-pflichtigem Inhalt als Geschenke aus dem Saargebiet sind Zweifel darüber entstanden, ob dieser Inhalt nochmals der Trichinenschau zu unterwerfen ist. Eine im Sommer in Schwerin abgehaltene Veterinärkonferenz des Reichsministeriums des Innern mit Vertretern der Landesregierungen hat die Frage dahin beantwortet, daß bei solchen Sendungen, die im Saargebiet einer Trichinenschau unterlegen haben, und denen eine Bescheinigung des amtlichen Trichinenschauers über die im Saargebiet vollzogene Trichinenschau beigelegt ist, von einer erneuten Trichinenschau abzusehen ist.

Man sieht aus diesen Maßnahmen, daß von Seiten der zuständigen Reichsstellen versucht worden ist, Härten möglichst zu

beseitigen, soweit es gesetzlichen Bestimmungen und die Interessen des Reiches zulassen. Die Klagen werden damit in der Hauptsache natürlich nicht beseitigt, da die Zollgrenze als solche besteht und Deutschland sich davor schützen mußte, daß eine zu große Nachgiebigkeit gerade von französischer Seite zur Schädigung der deutschen Wirtschaftsinteressen ausgenutzt wurde. Für die deutschen zuständigen Stellen ist es gewiß nicht leicht gewesen, z. B. durch die Zollstundungen jene französischen Betriebe im Saargebiet zu unterstützen, die gleichfalls auf Grund der deutsch-französischen Saarzollabmachungen ihre Waren nach Deutschland ausführen. Hätte man diese von den Zollerleichterungen ausschließen wollen, dann hätten auch die rein deutschen Betriebe im Saargebiet darunter leiden müssen und insgesamt wäre die saarländische Arbeiterschaft der hauptleidtragende Teil geworden.

Wenn man im Saargebiet noch einen Wunsch an die deutschen Zollbehörden hat, dann den, daß die ausführenden unteren Organe, besonders an den Zollstellen, bei den offensichtlich als Mitbringsel geltenden Gegenständen jene Weitherzigkeit erkennen lassen, die in diesem Falle nicht nur menschlich, sondern auch politisch geboten erscheint. Solche Weitherzigkeit kann selbstverständlich nicht verordnet werden, man muß den betreffenden Beamten aus ihren Erfahrungen und ihrem Sachverständigen Blick so viel feinen Takt und politisches Verständnis zubilligen, daß sie zu unterscheiden verstehen, wo eine gewinnstüchtige Verordnungsverletzung vorliegt und wo es sich um Fragen der Aufrechterhaltung persönlicher Beziehungen handelt, die zu erschweren eine politische Unflugheit wäre. Eine gelegentliche persönliche Unterweisung durch geeignete Beamte der Zollverwaltung könnte viel Gutes tun und in Zukunft manche Verbitterung verhindern. Man sollte auch in den zuständigen deutschen Stellen sich der Erkenntnis nicht verschließen, daß die seelischen Leiden einer nun bereits neun Jahre vom übrigen Reich abgegrenzten Bevölkerung um so größer sein müssen, je länger dieser Zustand dauert, der erst durch die endgültige Rückkehr des Saargebiets zum Reich sein Ende finden wird.

Daß man auf französischer Seite mit allen Schikanen arbeitet, ist bekannt. So schrieb vor kurzem ein Leser der „Saarbrücker Zeitung“:

Seitdem der deutsch-französische Handelsvertrag in Kraft ist, wird fast jede Sendung aus Deutschland beanstandet und bleibt liegen. Es kam auch früher vor, daß hier und da auf einer Faktura die konsularische Beglaubigung fehlte. Dann wurde die Sendung trotzdem verzollt und zugestellt. Jetzt bleibt jedoch alles

liegen. Entweder hat man das Fehlen der konsularischen Beglaubigung zu bemängeln oder die Nummer des Zolltarifs ist nicht besonders angegeben (was bei Mischsendungen übrigens ganz unmöglich ist) oder das Ursprungszeugnis ist nicht zollamtlich beglaubigt. Es hat den Anschein, daß die Zollbehörden geheime Direktiven haben, die Verzollung zu verzögern, um die Saarbezieher zu veranlassen, wieder in Frankreich zu kaufen. Als Beispiel diene folgender Fall: Am 5. September erhielt ich ein Expreßpaket aus München. Am 6. September war das Paket an der Zollgrenze. Dort wurde es wegen „undvollständiger Deklaration“ beanstandet, so daß ich einen amtlichen Deklaranten nehmen mußte. Das kostete 20 Fr. Gebühr. Der Deklarant verzollte drei Tage später. Acht Tage nach der Verzollung erhielt ich endlich das Paket, nachdem ich an drei Tagen bei der Bahnpost um Zustellung gebeten hatte. Ich erhalte jetzt fast jeden Tag Zuschriften der Zollbahnhöfe, worin auf vorgebrachten Formularen mitgeteilt wird, daß eine an mich adressierte Sendung angehalten worden ist, weil das oder jenes fehlt. Die Lagergeldspesen, die mir dadurch entstehen, können Sie sich ausrechnen.“

Die „Saarbrücker Zeitung“ bemerkt hierzu u. a.: Tatsache scheint zu sein, daß sehr viele Gütersendungen von der französischen Zollbehörde mit einer allzu bürokratischen Kleinlichkeit behandelt werden. Dadurch wird eine Mißstimmung in der saarländischen Kaufmannschaft erzeugt, deren schädliche Rückwirkungen auf die Beziehungen zwischen Frankreich und dem Saargebiet ungleich größer sind, als der vom Zoll auf diese Art und Weise erzielte finanzielle Nutzen.

Wohin die Eigenmächtigkeit der französischen Zöllner an der Saargrenze führt, darüber berichtete Anfang Januar die „Saarbrücker Zeitung“ aus Mettlach-Neudingen. Danach erschienen am 4. Januar, morgens 36 Uhr auf der Saarbrücke 6 Zollbeamte und nahmen eine hochnotpeinliche Untersuchung aller Arbeiter, Angestellten und sonstiger Personen, Frauen und Kinder, es mögen rund tausend gewesen sein, vor. Die Durchsuchung nahm eine ganze Stunde, bis kurz vor 7 Uhr in Anspruch. Da die Mettlacher Fabrik ihren Betrieb um 1/7 Uhr aufnimmt, kamen viele dort Beschäftigte zu spät zur Arbeit. Das war nicht nur für die Arbeiter, sondern auch für die Fabrik recht unangenehm. Wenn die Zollbeamten ihre Pflicht erfüllen, dann ist dagegen nichts einzuwenden; wir müssen uns eben den durch Versailles geschaffenen unangenehmen Verhältnissen fügen. Entschieden verwahren müssen wir uns aber dagegen, daß wir schikaniert und gar noch wirtschaftlich geschädigt werden. Ist es etwa nicht eine Schikaniierung, wenn Frauen und Kinder, die zur Kirche gehen, untersucht werden, untersucht und wie abgefaßte Schmuggler behandelt werden?

Die sozialen und sozialpolitischen Probleme des Saargebiets.

Im Rahmen der von uns bereits erwähnten Tagung der Saarwirtschaftsverbände hielt der Syndikus des Arbeitgeberverbandes, Professor Lehmar, einen bemerkenswerten Vortrag über die sozialen und sozialpolitischen Probleme des Saargebiets. Er führte darin u. a. aus, daß kein Wirtschaftsgebiet der Erde von einiger Bedeutung unter ähnlichen Zwangsverhältnissen lebt wie das Saargebiet. Immer wieder ergeben sich Hemmungen dadurch, daß das Saargebiet als isolierter Wirtschaftskörper von seinem Mutterland abgetrennt und zoll- wie währungstechnisch Frankreich angegliedert wurde. Die Ungunst der Verhältnisse, die noch durch die geographische Lage des Saargebiets verschärft wird, hat es mit sich gebracht, daß die Industrie an der Saar sich den Wirtschafts- und Absatzorganisationen teils Deutschland teils Frankreich angeschlossen hat. Dadurch ergibt sich ein zunehmender Einfluß Frankreichs, wie er sich aus jener Bestimmung des Versailler Vertrages erklärt, daß ohne vorherige Befragung des französischen Staates keine Aenderung der gesetzlichen Bestimmungen über den Bergwerksbetrieb, wie sie vor dem 11. November 1918 bestanden, vorgenommen werden darf. Diese zwangsweise geschaffene Zwitternatur des Saargebiets, das auch in der Verwaltung teils von Frankreich teils von Deutschland abhängig ist, stört das industrielle und gewerbliche Leben in manchmal unerträglicher Weise. So ist die Lohngestaltung im Saargebiet im wesentlichen abhängig von der Verfassung der französischen Währung. Die Verbesserung des französischen Wäh-

rungsstandes hatte eine Reduzierung der Löhne zur Folge, die wesentlich beeinflusst war von der Gestaltung des Kohlenpreises. Andererseits hat sich das Reichsarbeitsministerium stark in der Richtung eingesetzt, die Lohnsenkung möglichst gering werden zu lassen. Ein unmittelbarer Erfolg konnte ihm bei der Zwangslage, in der sich die Saarindustrie befand, nicht beschieden sein, es sah sich aber veranlaßt, die Lohnabbauaktion in ihrer Wirkung für die Arbeitnehmer dadurch abzuschwächen, daß das Reichsarbeitsministerium das Reichskabinett zu einer sogenannten Betreuungsaktion für die Arbeitnehmer mit Hilfe der Gewerkschaften veranlaßte. Nach Auffassung des Vortragenden hat der Lohnabbau zu einer dauernden Verschlechterung der Lebenshaltung der Arbeiterschaft nicht geführt. Nach einer von ihm vorgetragenen Statistik betrug der DurchschnittsStundenlohn in der rheinisch-westfälischen Industrie 89 Pfg., in der saarländischen Hüttenindustrie 71 Pfg. und in der lothringischen Eisenindustrie 54 Pfg.

Im Zusammenhang mit diesen Zahlen stellte Professor Lehmar fest, daß die Arbeitgeberverbände ebenso wie die Industrie nicht dazu da seien, die Löhne möglichst niedrig zu halten, denn sie stünden nicht im Dienste eigener egozentrischer Interessen, sondern vornehmlich im Dienste der Kultur und des menschlichen Fortschritts. Dazu gehöre in erster Linie die Sorge für die Aufrechterhaltung der Betriebe und für einen angemessenen wirtschaftlichen Ertrag, ohne die Kultur und Fortschritt nicht denkbar

jet. Im Rahmen dieser Sorge aber gehöre es zu den vornehmsten Aufgaben der Industrie und ihrer Verbände, ihren Angestellten und Arbeitern nicht nur eine menschenwürdige Existenz zu sichern, sondern ihnen auch eine Teilnahme an der Fortentwicklung der Kultur zu gewährleisten. Das könne nicht erreicht werden durch eine Politik der harten Faust, durch eine möglichst starke Herabdrückung der Löhne, sondern nur durch eine Politik gegenseitigen Verständens, da Arbeitgeber und Arbeitnehmer schicksalsverbunden aufeinander angewiesen sind. Er zitierte in diesem Zusammenhang die Worte, die Kommerzienrat Dr. Hermann Röckling kürzlich einem Vertreter der „Kölnischen Zeitung“ gegenüber geäußert hat, und stellte sie als Motto für die Arbeit der Arbeitgeberverbände hin: „Das Machtprinzip ist unfruchtbar und ein sogenannter Sieg nützt nichts, wenn unter der Decke der Unfrieden weiterglimmt.“

Assessor Lehmar behandelte hierauf ein zweites Problem, das mit dem Lohnabbau in den Vordergrund gerückt wurde, nämlich die Frage der Rationalisierung. Auch in dieser Frage stehe das Saargebiet unter dem Einfluß zweier Auffassungen, von denen die eine in Deutschland, die andere in Frankreich vorherrschend ist. Im deutschen Wirtschaftsgebiet hat man sich zu einer weitgehenden Rationalisierung genötigt gesehen und in Verbindung damit entbehrliche Arbeiter entlassen, die der Arbeitslosenversicherung anheimfielen. Diese Wirkung der Rationalisierung wird in französischen Wirtschaftskreisen für äußerst bedenklich gehalten. Man hält es dort für richtiger, die Löhne nur in einem solchen Ausmaß fortzuentwickeln, daß es möglich ist, alle Arbeiter, diese aber gleichmäßig zu beschäftigen und damit größere Arbeitslosenziffern zu vermeiden. Daß sich diese Methode nicht in dem erstrebten Maße durchführen läßt, beweisen die französischen Saargruben. Weil sich hier nach französischen Angaben die Selbstkosten mit der fühlbar werdenden Deflation nicht in wünschenswertem Maße verringern ließen, wurden die Kohlenpreise auf einer Höhe gehalten, die sehr bald dazu führte, daß fast ein Drittel der Förderung unverkäuflich blieb. Eine Senkung der Selbstkosten versuchte man daher durch den Lohnabbau und Steigerung der Kopfleistung herbeizuführen. Während noch Ende 1926 die Kopfleistung etwa 670 Kg. pro Tag betrug, beträgt sie heute 740 Kg. Bei gleichbleibender Belegschaft und gleichbleibenden Preisen hätte diese Entwicklung aber nur zu einer wesentlichen Vermehrung der Absatzschwierigkeiten geführt, so daß sich im weiteren Verlauf der Entwicklung die Grubenverwaltung zu einer Verminderung der Belegschaft und einer wenn auch ungenügenden Herabsetzung der Kohlenpreise entschloß. Trotzdem ist die Belegschaft der Saargruben heute noch um etwa 20 Proz. höher als in der Vorkriegszeit, während die Kopfleistung das Maß der Vorkriegszeit von etwas über 800 Kg. noch nicht erreicht hat. Im rheinisch-westfälischen Bergbau ist das Umgekehrte festzustellen: Die Belegschaft ist gegenüber der Vorkriegszeit vermindert, die Kopfleistung aber von etwa 900 Kg. auf nahezu 1200 Kg. gestiegen. Bei steigender Kopfleistung im Saargebiet ist mit einer weiteren Verminderung der Belegschaft und damit mit einer stärkeren Belastung des Arbeitsmarktes mit Arbeitslosen zu rechnen, wodurch im Saargebiet ein Problem auftaucht, an dessen Lösung in irgendeiner Form herangegangen werden muß.

Ähnliche Wirkungen wird nach Assessor Lehmar auch die technische Fortentwicklung in den Hüttenbetrieben nach sich ziehen müssen. Tatsächlich nehmen jetzt, nachdem der französische Franken längere Zeit de facto stabil geblieben ist, die technischen Verbesserungen in den Hütten des Saargebietes einen starken Fortgang.

Diese Entwicklungstendenzen, die auch von den Gewerkschaften erkannt werden, haben, worauf Assessor Lehmar hinwies, dazu geführt, daß von ihnen die Einführung des deutschen Gesetzes über Arbeitsnachweise und Arbeitslosenversicherung im Saargebiet gefordert wird. Nach Auffassung des Vortragenden ist aber der selbständige Aufbau einer Arbeitslosenversicherung im Saargebiet wegen des einseitigen ökonomischen und fachlichen Risikos ohne starke Belastung der Arbeitgeber und Arbeitnehmer wohl kaum möglich. Durchführbar sei eine Arbeitslosenversicherung nur, wenn gleichzeitig eine Lasten- und Gefahrengemeinschaft mit anderen benachbarten Wirtschaftsgebieten und damit ein Ausgleich des Risikos geschaffen würden. Auch in dieser Frage zeige sich wieder die Unselbständigkeit des Saargebietes und die Erkenntnis müsse zunehmen, daß das Saargebiet als selbständiger Wirtschaftskörper auf die Dauer eine Unmöglichkeit ist.

Das hat sich gerade auch bei der Entwicklung der Sozialversicherung gezeigt. Es war eine der ersten Folgen der Loslösung des Saargebietes von seinem Mutterlande, daß man auch die Sozialversicherung von den alten Versicherungsträgern löste und selbständige Versicherungsträger im Saargebiet aufbaute. Währungsänderung und zweimalige Währungsinflation im Saargebiet hätten zu einer weiteren starken Schwächung der Sozialversicherung geführt, die auch durch eine mehrmalige Korrektur der Leistungen und Beiträge nicht behoben werden konnte.

Ueber das Schlichtungswesen stellte Assessor Lehmar lediglich fest, daß es auf den durchaus primitiven Bestimmungen des vaterländischen Hilfsdienstgesetzes beruhe, ohne daß ihm entscheidender Einfluß etwa mit Hilfe des Instruments der Verbindlichkeitserklärung innewohnt. Bisher seien Arbeitskämpfe in der Regel durch die Verantwortlichkeit beider Parteien zu einer Lösung geführt worden, so daß die Notwendigkeit der Einführung einer Verbindlichkeitserklärung, wie sie von Arbeitnehmerseite verlangt wird, von Seiten der Arbeitgeber im Saargebiet stark bestritten wird.

Die Lösung all dieser der Saarwirtschaft erwachsenden Aufgaben wird stark beeinflusst von der Entwicklung im deutschen Wirtschaftsgebiet. Daß dadurch die Saarwirtschaft in eine gewisse Abhängigkeit gerät, wird von dieser kaum bestritten; denn wenn im Jahre 1935 das Leben des Saargebietes als ein isolierter Wirtschaftskörper aufhört zu bestehen, so werde noch eine so große Menge von Rückgliederungsaufgaben der Lösung harren, daß die Saarwirtschaft froh sein könne, wenn sie möglichst viele dieser Aufgaben schon soweit vorbereitet hat, daß deren Lösung dann leicht und reibungslos vor sich geht. Jedenfalls könne die Wirtschaft des Saargebietes, die in ihrem nunmehr achtjährigen Eigenleben soviel an Beschränkungen und Hemmungen habe erleiden müssen, es nicht vertragen, wenn die wirtschaftlichen Voraussetzungen für eine möglichst reibungslose Rückgliederung nicht rechtzeitig geschaffen werden.

Das Schicksal des Saargebietes.

Vortrag, gehalten vor der Würzburger Studentenschaft im Dezember 1927.

Von Professor Dr. Kloevekorn-Saarbrücken.

Es könnte vielleicht merkwürdig erscheinen, daß man um ein kleines Ländchen, wie's das Saargebiet ist, soviel Aufhebens macht. Dieses Gebiet ist noch nicht einmal so groß wie das Großherzogtum Luxemburg, es umfaßt nur 1882 Quadratkilometer. Wenn aber seit dem Friedensvertrage von Versailles in der deutschen, französischen und englischen Presse, man kann sagen, in der ganzen Weltpresse, immer wieder Artikel zu finden sind, die sich mit diesem kleinen Gebiet befassen, dann muß doch wohl etwas daran sein. Es ist nicht so, daß die Bewohner des Saargebietes gern mit der großen Glorietasche, um sich wichtig zu machen. Wir wären froh, wenn das nicht notwendig wäre. Aber es stehen hier doch eminent deutsche und zugleich

Völkereinklanginteressen auf dem Spiele. Wer die deutsche Geschichte in ihrer Entwicklung in den letzten Jahrhunderten betrachtet, der wird die bedauerliche Feststellung machen können, daß durch Abspaltung von Randgebieten Deutschland dauernd an Boden, an Raum verloren hat. Wer dafür jeweils die Verantwortung trug, steht heute nicht zur Debatte. Wir aber, die wir im Saargebiet heute wieder in einem solch bedrohten Grenzlande wohnen, empfinden es als heiligste Pflicht, dafür zu sorgen, daß dieses Stück deutschen Bodens restlos dem deutschen Vaterlande erhalten bleibt. Es spielen dafür auch noch recht materielle Gründe mit. Denn diesen

Keine Gebiet ist eines der wichtigsten deutschen Industriegebiete unmittelbar an der heutigen deutsch-französischen Grenze mit einer Bevölkerungsdichte von nahezu 400 Menschen auf den Quadratkilometer, mit großen Eisenhütten, Glashütten, Keramikfabriken, Ziegeleien, Maschinenfabriken usw., und was das Wichtigste ist, mit einer Kohlenproduktion von etwa 14 Millionen Tonnen pro Jahr.

Während in diesem Gebiete bis etwa zu Mitte des 19. Jahrhunderts der Ackerbau noch vorherrschend war, sind heute Fördertürme, mächtige Kohlen- und Schlackenhalde, Hüttenwerke, Kokereien die Wahrzeichen der neuen Zeit, die weithin sichtbar den Sieg der Technik und der Industrie verkünden. Nur im Norden des Gebiets, in der Gegend von Tholey, und im östlichen Teile des Saargebiets, in der Saarpfalz, scheinen noch rein landwirtschaftliche Gegenden zu sein. Wer aber die Verhältnisse genau betrachtet, wird zwar die Wahrnehmung machen, daß in diesen Teilen keine Eisenhämmer geschwungen werden und keine Eisen nachts leuchten und keine Bergleute in den Bauch der Erde steigen, daß aber in diesen scheinbar landwirtschaftlichen Gegenden Tausende von Bergarbeitern wohnen, die hier eine kleine Landwirtschaft als Nebenerwerb betreiben. Selbst in dem ganz idyllischen Bliestal gibt es nur zwei rein auf der Landwirtschaft ruhende Dörfer.

Wer das Saargebiet etwa flüchtig auf einer Rundfahrt kennenlernt, dem fällt der Gegensatz des scheinbaren Landwirtschaftsgebiets einerseits und des mächtvollen Industriegebiets sehr stark in die Augen, und er fragt sich unwillkürlich, weshalb man im Friedensvertrag von Versailles so merkwürdig die Grenzen um dieses Gebiet gezogen hat. Und damit komme ich zu einer Frage, die ich zunächst vor Ihnen aufrollen möchte: Wie ist das Saargebiet in dieser Form überhaupt möglich geworden? Aus welchen Gesichtspunkten heraus haben die Staatsmänner in Versailles diesem seltsamen Gebilde gerade diese Form gegeben?

Wenn das durch den Versailler Vertrag geborene Saargebiet den Umfang des vor der französischen Revolution hier existierenden Fürstentums Nassau-Saarbrücken und der damals dazugehörigen Grafschaft Ottweiler erhalten hätte oder wenn man ihm den Umfang des von den Franzosen zweimal widerrechtlich okkupierten Landes (1681—1697 und 1793—1815) gegeben hätte, dann könnte man ja vielleicht historische Gründe dafür ins Feld führen. Aber das Saargebiet von heute sieht räumlich und inhaltlich ganz anders aus. Um es gleich zu sagen: es sind wirtschaftliche und strategische Gründe für Frankreichs Politiker und Generale gewesen, die nach dem für Deutschland verlorenen Krieg dieses Gebiet so gestaltet haben. Frankreich hat die Grenzen so weit gestreckt, als die wirtschaftlichen Interessen und die militärischen Sicherheiten für Frankreich es erforderten. Man brauchte nicht nur das Kohlenzeckengebiet, sondern auch die Zone der auf der Saar Kohle ausgebauten Industrie und dazu noch die Gegenden, aus denen sich die Berg- und Hüttenarbeiter rekrutierten. Damit schloß man vor allem die nördlich des eigentlichen Kohlen- und Hüttengebietes liegenden, landwirtschaftlichen Charakter tragenden Ortschaften bis zum Schaumburg ein. Die Saarpfalz mit St. Ingbert und Homburg ist in der Hauptsache aus strategischen Gründen in das Gebiet einbezogen worden. Hätte man dieses saarpfälzische Gebiet, das nur drei Kohlenzecken einschließt, ausgeschaltet, dann wäre die Pfalz ganz in die Nähe der großen Bahnlinie Saarbrücken—Mainz, die durch das Sulzbachtal führt, und in unmittelbarer Nähe des ganzen Industriegebietes herangerückt. Das wäre vom strategischen Standpunkt aus für Frankreich sehr unvorteilhaft gewesen. Dadurch aber, daß man Homburg mit in das Gebiet hineinnahm, bekam man den sehr wichtigen Eisenbahnknotenpunkt in die Hand, der die Linie Saarbrücken—Ludwigshafen beherrscht, und hatte von dem lothringischen Saargemünd durch das Bliestal eine weitere wertvolle Eisenbahnverbindung direkt in die Pfalz in der Hand. In Nordwesten des Gebietes zog man wieder aus wirtschaftlichen Motiven die Grenze über Mettlach hinaus, wodurch die Weltfirma von Billeroy u. Boch mit in das künstliche Gebiet des Saargebiets hineinrückte.

Mit dieser Grenzfestlegung im Friedensvertrage von Versailles war das Saargebiet bedeutend größer als der vorübergehende und auf keinerlei Rechtstitel begründete Besitz Frankreichs in der zweiten Hälfte des 17. und am Ende des 18. Jahrhunderts und ebenfalls größer als das Fürstentum Nassau-Saarbrücken. Und damit komme ich zu einer zweiten Frage: Welche Rolle spielt denn überhaupt das Gebiet in dem großen Gegensatz zwischen Deutschland und Frankreich? Welches ist die historische Stellung des Saargebiets? Ethnographisch kann über die Bewohner des Gebiets kein Zweifel auskommen. Als die Römer zu Beginn des 5. Jahrhunderts vor den vordringenden Germanen das Land räumen mußten, siedelten sich, aber nirgendwo auf den alten römischen Siedlungen, die Franken an, und bald entstanden eine ganze Reihe von Klöstern, die in der wald-

reichen Gegend fast alle Rodungslöcher gewesen sind, wie z. B. Mettlach, St. Wendel, St. Arnual, Tholey, Neumünster, St. Ingbert und andere. Die heutigen kleinen Städte des Saargebiets gehen fast alle auf mittelalterliche deutsche Gründung zurück, und dabei ist es interessant, daß die kunstgeschichtliche Betrachtung der überall noch erhaltenen architektonischen und plastischen Denkmäler den Beweis erbracht hat, daß die Beziehungen nach Trier und den rheinischen Kulturzentren viel stärker waren als die Beziehungen zu den Städten Metz und Verdun, also nach Westen. Und doch reichen gerade in das Mittelalter die Ansprüche, die Frankreich im Laufe der Geschichte auf dieses Gebiet erhoben hat. Zwar kann kein Zweifel darüber bestehen, daß dieses Gebiet bei der Reichsteilung im Jahre 843 an das Mittelreich und bei der Teilung des Mittelreiches im Jahre 870 an das östliche Reich kam. Aber im Jahre 999 schenkte Kaiser Otto III. dem Bischof von Metz die Burg Saarbrücken, und Kaiser Heinrich III. fügte zu dieser Schenkung im Jahre 1046 den Königshof Saarbrücken und einige kleinere Stüde hinzu. Der Bischof von Metz gab diese Schenkung dem Grafen von Saargau als Lehen, und so waren während des Mittelalters die Grafen von Saarbrücken tatsächlich lehensabhängig von Metz. Dabei ist aber festzuhalten, daß dieses kleine Lehen keineswegs räumlich identisch war weder mit dem späteren Fürstentum Nassau-Saarbrücken noch etwa gar mit dem heutigen Saargebiet. Außerdem war das Bistum Metz während des Mittelalters bis 1552, offiziell sogar bis 1648, deutsches Territorium. Hier hat König Ludwig XIV. von Frankreich in Fortsetzung der von Richelieu und Mazarin verfolgten Politik eingegriffen und nach der widerrechtlichen Losreißung des Elsaß das Land an der mittleren Saar dem französischen Staate einverleibt. Bereits im Dreißigjährigen Kriege, der die Saargegend in eine grauenvolle Trümmerstätte verwandelte, setzten sich die Franzosen hier fest. Aber erst 1681 wurde die Grafschaft Nassau-Saarbrücken auf Grund der berühmten Reunionspolitik Ludwigs XIV. widerrechtlich von dem deutschen Mutterlande getrennt. Welchen Standpunkt der damals in Saarbrücken regierende Graf Gustav Adolf einnahm, geht aus den Worten hervor, die er dem Abgesandten des französischen Königs gab: „Ich habe Kaiser und Reich Treue geschworen und kann und will diesen Eid nicht brechen. Ich will lieber mein Leben verlieren, als meinem Eid untreu werden.“ Nach kurzer Einlieferung seitens der Franzosen in Metz ist dann dieser Graf im Kampfe gegen Frankreich in der Nähe von Straßburg als erster Märtyrer für die Deutscherhaltung seines Landes gefallen. Nach seinem Tode wurde die Grafschaft französisch. Es sind zweifellos neben politischen Motiven noch andere, wirtschaftliche, die das Land an der Saar den Franzosen begehrt erscheinen ließen. Waren doch bereits vor dem Dreißigjährigen Kriege hier im Sulzbachtale Salzquellen erschlossen worden, außerdem wurde hier schon Eisen geschmolzen und Kohle gegraben, so daß Frankreich in der Besetzung dieses reichen Landes bedeutende wirtschaftliche Möglichkeiten sah, welche es auch sofort ausnützte nach der Okkupation des Landes.

Nicht lange hat diese französische Besetzung gedauert, denn als Ludwig XIV. während des pfälzisch-orleanischen Krieges im Jahre 1697 den großen spanischen Erbfolgekrieg heraufziehen sah, brach er ab, um sich zu rüsten, und räumte im Jahre 1697 auch das Land an der Saar. So endigt das schwere 17. Jahrhundert für unser Land mit einem freudigen Akkord. Aber nicht weit von Saarbrücken sitzen dort im Saartale, in Saarlouis, die Franzosen, das Ludwig XIV. gegründet und zu einer Festung ausgebaut hatte. Freilich hatte er dabei den Fehler gemacht, daß er fast ausschließlich Leute aus der deutschen Umgebung, aus Wallerfangen, in die Stadt zog, wodurch diese bis 1815 französisch gebliebene Stadt im Grunde immer einen deutschen Charakter behielt und im Jahre 1815 die Eindeutschung sehr leicht erfolgen konnte.

Das 18. Jahrhundert ist für das Saarland eine Blütezeit gewesen. Das Fürstentum Nassau-Saarbrücken hatte das Glück, in der Mitte des Jahrhunderts einen Mann regieren zu sehen, der das Wohl des Landes in jeder Beziehung auf das stärkste förderte. Bei dem Fürsten Wilhelm Heinrich paarte sich das Verständnis für wirtschaftliche Probleme mit dem Sinn für die Kunst, und mit Hilfe seines genialen Baudirektors Friedrich Joachim Stengel machte er aus Saarbrücken die seine Barockresidenz, die Goethe wohl als „einen lichten Punkt in einem so felsigwaldigen Lande“ bezeichnen konnte. Zu ähnlichen Mittelpunkten architektonischen Schaffens wurden Bliestal und Mettlach, woselbst Grafen bzw. hauseigene Werke ihrem Kunstsinne monumentalen Ausdruck verliehen.

In den Strudel des Gegensatzes zwischen Deutschland und Frankreich wird das Saarland wieder hineingerissen, als die wilden Revolutionen der nahe Grenze überschritten und Fürsten, Grafen und Mönche vertrieben. An das Jahr 1793 können die Bewohner des Saargebiets nur mit Schrecken denken. Was das Saarland an wertvollen Baudenkmalern

Belast, fiel zum großen Teil der Zerstörungswut zum Opfer, 24 Bewohner des Saarlandes mußten das Blutgerüst besteigen. Das deutsche Saarland wurde nun als „Département de la Sarre“ zum zweiten Male dem französischen Staatsverbande einverleibt. Wenn auch in den folgenden Jahren unter Napoleon I. das niedergebrogene Wirtschaftsleben sich wieder erhob, so gelang es doch nicht, das Saarvolk frantophil zu machen. Im Gegenteil! Gerade in diesen Jahren empfand das Saarvolk die innere Verbundenheit mit Deutschland, und sie fand einen ergreifenden Ausdruck, als nach dem ersten Pariser Frieden Saarbrücken noch französisch blieb, in dem Rüdertischen Gedichte vom „armen Saarvögelein“. Erst im zweiten Pariser Frieden im Jahre 1815 erlebte man im Saarlande das große Gefühl der Befreiung. So tief das Leid gewesen, so stark war jetzt die Freude. Kanonendonner, Glockengeläute und Teudefen waren der freudige Ausdruck dessen, was jeder Saarländer in der Stunde der Befreiung von der Fremdherrschaft empfand.

Es ist in französischen Zeitungen und Zeitschriften öfters so dargestellt worden, als ob die preußische Zeit des Saarlandes von 1815 an eine Zeit der Kolonisation und Bedrückung gewesen wäre. Untersuchungen, die ich gerade in den letzten Monaten über das geistige Leben im Saargebiet im 19. Jahrhundert angestellt habe, haben den unumstößlichen Beweis erbracht, daß alle derartigen französischen Äußerungen völlige tendenziöse Entstellungen sind, daß vielmehr die Saarländer keinen anderen Wunsch hatten, als in und mit dem großen deutschen Kulturstrom zu wachsen. Immer und immer wieder begegnet man einer bewußten Abkehr vom Westen und einer lebendigen Teilnahme für alle deutschen Belange. Das 19. Jahrhundert ist für das Land an der Saar eine Zeit starken wirtschaftlichen Emporblühens gewesen im Rahmen der preußischen Monarchie. Aber politische Forderungen wie die nach der Rheingrenze erben sich in Frankreich anscheinend wie eine ewige Krankheit von Geschlecht zu Geschlecht fort. Während des ganzen 19. Jahrhunderts hat Frankreich den Gedanken einer Wiedergewinnung des 1815 verlorenen Landes, das sich zu einem immer mächtiger werdenden Industriegebiet entwickelte, nicht fallen gelassen. Am stärksten treten diese französischen Annexionsabsichten in den 60er Jahren hervor. Jedesmal nun, wenn von Westen her drohende Wolken über unser Gebiet zogen, haben die Saarländer fest und entschlossen den deutschen Standpunkt vertreten mit Ruhe, Maß und Würde. Als z. B. in den 60er Jahren die wirtschaftlichen Fragen einen immer stärker werdenden Einfluß auf die Politik gewannen, schrieben die französischen Zeitungen ganz unverblümt: „Wir bedürfen des Kohlenbeckens von Saarbrücken, das bestimmt ist, Lothringen, das Elsaß und unsere nordöstlichen Départements mit Kohlen zu versorgen. Die wahre Friedenspolitik besteht darin, einer Nation das nicht zu verweigern, was ihr die Natur bestimmt hat. Außerdem sind Saarbrücken, Saarlouis und Landau durch eine gehässige Verletzung der feierlichen Verpflichtungen Frankreich entzogen worden.“ Diese Entstellung der geschichtlichen Wahrheit ist damals von der „Saarbrücker Zeitung“ in aller Schärfe gebrandmarkt worden. Und als im Jahre 1866 die Gerüchte nicht verstummen wollten, daß Frankreich Absichten auf das Saarland habe und daß Napoleon III. geäußert habe, daß er die Grenzen des zweiten Pariser Friedens nicht anerkenne, da haben die Wahlmänner von Saarbrücken, Ottweiler und St. Wendel ein Manifest an das französische Volk gerichtet, das den Beweis liefert, daß das Volk an der Saar kerndeutsch und friedfertig zugleich ist. „Franzosen“, heißt es darin, „wir haben die Gewißheit, daß bei völlig freier Abstimmung sich niemand in den deutschen Grenzmarken finden wird, der die Lostrennung vom Mutterlande begehren sollte. Wir sind durch und durch Deutsche. Wir halten fest an unserer Sprache und Sitte, an unserem Gefühls- und Familienleben. Wir hängen mit ganzem Herzen an unserem deutschen Vaterlande in seinen Leiden der Gegenwart, in seinen Hoffnungen auf die Zukunft, und unter den schweren Sorgen des Augenblicks ist unsere schwerste Sorge die, von unserem Vaterlande losgerissen zu werden. Wir geloben vor Gott und den Menschen, daß wir, wenn uns ein widriges Geschick vorübergehend von unserem Vaterlande trennen sollte, mit der ganzen Zähigkeit und Ausdauer, deren der Deutsche fähig ist, an unserer Nationalität festhalten wollen. Franzosen, zieht einer scheinbaren Machterweiterung das wirkliche Glück vor, mit euren Nachbarn in gutem Einvernehmen zu leben, indem ihr deren Unabhängigkeit und Nationalität achtet.“

Bismarcks scharfe Ablehnung irgendwelcher französischer Ansprüche hat die Diskussion dieser Fragen für einige Jahre abgeschnitten. Es kann aber gar keinem Zweifel unterliegen, daß Frankreich das Saarland genommen hätte, wenn der Krieg 1870/71 eine andere Wendung genommen hätte. Der tatsächliche Ausgang des Krieges hat zunächst alle Wünsche und Hoffnungen Frankreichs begraben, da nun durch die Erwerbung des alten deutschen Lothringens ein

Zwischenglied zwischen dem Saarlande und dem eigentlichen Frankreich eingeschaltet war. Unter der Führung von Männern wie Frhr. von Stumm und Röbling wuchs nach 1870 das Land zu einem immer stärker werdenden Industriegebiet heran.

In demselben Augenblick aber, als nach dem verlorenen Weltkriege Elsaß-Lothringen wieder an Frankreich kam, tauchten sofort bei französischen Politikern, Wirtschaftlern und Generalen die alten Forderungen nach dem „Bassin de la Sarre“ auf. Wir Saarländer können nicht ohne tiefe Entrüstung, ja innerer Empörung die Verhandlungen über den Friedensvertrag von Versailles, speziell über das Saarstatut, lesen. Wenn man in dem Memorandum, das Clemenceau und Tardieu in der Saarfrage für die Alliierten ausarbeiteten, liest: „Die Gegend, um die es sich handelt, war Jahrhunderte lang mit Frankreich vereinigt und ist von ihm mit Gewalt getrennt worden“ oder wenn es weiter heißt im französischen Text: „Aujourd'hui encore, il y a, dans le bassin de la Sarre, une forte proportion de bourgeois et de paysans passionnément attachés à la tradition française. Dans la région de Sarrelouis c'est la grande majorité“, so weiß man nicht, ob man mehr über die Verlogenheit der Politiker oder über die naiven Kenntnisse derer staunen soll, denen man solche Dinge vorlesen konnte. Wenn man dann aber im entscheidenden Augenblick der Verhandlungen mit den 150000 Saarfranzosen operieren mußte, so steht man doch mit Abscheu vor solchen diplomatischen Gedankenflügen. Wir haben uns im Saargebiet lange Zeit darüber den Kopf zerbrochen, wie eine solche Lüge überhaupt möglich war. Heute wissen wir es. Man hat in den lothringischen Gegenden, durch die die Saar von Douai bis nach Saargemünd fließt, Unterschriften von „Saarbewohnern“ für Frankreich gesammelt, also in Gegenden, die mit dem Saargebiet nichts zu tun haben und haben es gewagt, diese Willensertklärungen als den Ausdruck „leidenschaftlicher Affektion“ von Saargebietsbewohnern an Frankreich auszugeben. Auf diesem unglaublichen Manöver, sagen wir besser Betrug, basiert letzten Endes das Saarstatut und das Saargebiet.

Frankreich hatte gehofft, im Friedensvertrage die glatte Annexion des Saarbedens durchsetzen zu können, aber es scheiterte vor allem an dem Widerstande von Amerika und England. Es war bekanntlich ein geradezu dramatischer Augenblick, als Wilson wegen der Saarfrage die Friedenskonferenz zum Scheitern bringen wollte und den „Georges Washington“ nach Brest beorderte. Als Frankreich einsehen mußte, daß es mit der glatten Annexion nicht zum Ziele kam, richtete es sich so ein, daß es ein politisches Sonderregime im Saargebiet einführen ließ in der Absicht, im Laufe von 15 Jahren das Gebiet durch systematische Bearbeitung langsam für die Angliederung an Frankreich reif zu machen. Was vor allem Wilson, der anfänglich so fest den französischen Ansprüchen entgegengetreten war, schließlich bestimmte, den Wünschen Frankreichs hinsichtlich des Saargebiets doch halbwegs entgegenzukommen, ist schwer zu entscheiden. Vielleicht war es sein Gedanke an den Völkerbund. Diesen zu retten, gab er hinsichtlich der Uebereignung der Saargruben an Frankreich und der Errichtung eines politischen Sonderregimes, das Frankreich für unerläßlich hielt, nach. Der Völkerbund war anscheinend für Wilson der Schlüssel, der das Tor des Friedens auf Erden aufschließen sollte.

Die deutsche Friedensdelegation, unter Führung von Graf Brockdorff-Rantzau, der die Friedensbedingungen vorgelegt wurden, hat sofort auf die Fehler und Ungerechtigkeiten hingewiesen und bezüglich des Saarstatuts einige Änderungen durchgesetzt, vor allem das wichtigste, daß im Falle einer für Deutschland günstigen Abstimmung im Jahre 1935 die Gruben binnen sechs Monaten nicht mit Gold zurückgekauft werden könnten, das Saargebiet an Frankreich fallen sollte. Das bedeutete: Könnt ihr nicht in sechs Monaten mit Gold bezahlen, so bezahlt ihr mit Menschen und mit dem Lande.

Mit dem Inkrafttreten des Friedensvertrages und des Saarstatuts beginnt ein neuer Abschnitt in der Geschichte der Saarlande. Welches sind nun die wesentlichen Bestimmungen des Statuts? Dem französischen Staat wird das volle, unbeschränkte Eigentum an den Kohlengruben des Gebiets zugestanden. Man begründete diese Wegnahme damit, daß unbedingt ein Elsaß für die im Kriege zerstörten Kohlenzechen notwendig sei. Dabei ist zu bemerken, daß die Gruben Nordfrankreichs wieder seit Jahren völlig in Betrieb sind und die Vorkriegsförderung längst wieder überschritten haben. Das Eigentum Frankreichs erstreckt sich nicht nur auf die Kohlenzechen allein, sondern auch auf alle Nebenanlagen, d. h. Verwaltungsgebäude, Krankenhäuser, Wohnungen, Schulen usw. Weiter erhält Frankreich das Recht, die Eisenbahnen und Verkehrswege zu benutzen, auch neue zu bauen, soweit dies der Bergbau bedingt. Die fran-

Östliche Bergbauverwaltung hat volle Freiheit in der Ausbeutung der Gruben, im Absatz der Kohlen sowie in der Festsetzung der Preise. Als Nebeneinrichtungen zu den Bergwerken kann Frankreich technische Schulen für das Personal und Schulen für die Kinder des Personals einrichten.

Wie schon am Anfang bemerkt, faßt man Kohlenzweiggebiet, Hüttenindustrie und die Gegenden, in denen die Berg- und Industriearbeiter wohnen, nach wirtschaftspolitischen und zugleich militärischen Gesichtspunkten zu einem Abstimmungsgebiet zusammen. Die Abstimmung soll nach 15 Jahren, also im Jahre 1935, vor sich gehen, und zwar sollen drei Fragen vorgelegt werden, erstens: Wünscht die Bevölkerung zu Deutschland zurückzukehren, zweitens wünscht sie den Anschluß an Frankreich und drittens wünscht sie die Beibehaltung des gegenwärtigen Völkerbundsregimes? Deutschland verzichtet für die 15 Jahre auf die Ausübung der Regierungsgewalt. An seine Stelle tritt der Völkerbund als Inhaber der Souveränität, der die Regierung durch die Regierungskommission, aus fünf Mitgliedern bestehend, die jährlich vom Völkerbunde ernannt werden müssen, ausüben läßt. Nach den Bestimmungen des Saartatsolls soll von den Regierungsmitgliedern einer ein Saarländer, einer ein Franzose, die drei anderen aus Ländern außer Frankreich und Deutschland sein. Der Vorsitzende der Regierungskommission wird vom Räte aus den fünf Mitgliedern gewählt, er ist das ausführende Organ der Kommission; er erläßt Gesetze, ernennt die Beamten und hat volle Freiheit in der Verwaltung und Ausbeutung der Eisenbahnen, Kanäle und öffentlichen Betriebe. Alle Entscheidungen trifft die Kommission mit Stimmenmehrheit. Sie hat das Recht, Steuern und Abgaben zu erheben. Bei allen zu erlassenden Gesetzen und Verordnungen ist der Landestat, d. h. die gewählte Vertretung der Bevölkerung, zu „hören“. (Fortsetzung folgt.)

Kleine politische Umschau.

„Verwaltungsmethoden“ der Regierungskommission.

Die Saarzeitungen berichten über eine Anordnung der Regierungskommission, die erkennen läßt, wie man in dieser vom Völkerbund zur Wahrung der Rechte der Bevölkerung eingesetzten Verwaltungskommission mit den Interessen und Steuergeldern der Bevölkerung umgeht. Die Brennstofffabrik Shell hatte vor etwa Jahresfrist dem Automobilklub des Saargebietes das Angebot gemacht, unentgeltlich 1000 Verkehrs- und Warnungstafeln zu liefern, die im Saargebiet aufgestellt werden sollten. Der Automobilklub gab dieses Angebot der Regierungskommission weiter, die den Vorschlag einschließlich der Bedingung der Firma gut hieß, den Warnungstafeln je ein kleines Schildchen mit der Aufschrift „Shell“ anzufügen. Der Vertreter der Regierungskommission erklärte ausdrücklich, daß die Regierungskommission die Aufstellung der Warnungstafeln dem A. C. S. überlasse, sich selbst aber auf die Anbringung von Verkehrs- und Warnungstafeln beschränke. Daraufhin schloß der Automobilklub mit der Firma Shell einen Vertrag auf Lieferung von 1000 Warnungstafeln in Dreiecksform (weißer Grund, roter, breiter Rand und schwarze Schrift mit eingefügten gelben Buchstaben Shell) ab.

Ende August 1927 teilte die Regierungskommission plötzlich dem Automobilklub mit, daß sie die Aufstellung der Warnungstafeln mit Rücksicht auf die Reklame „Shell“ nicht genehmigen könne. Sie begründete ihr Verhalten damit, daß die internationalen Bestimmungen über die Anbringung von Warnungstafeln die gleichzeitige Anbringung von Reklamenotizen nicht gestatteten. Derartige Bestimmungen bestehen tatsächlich nicht, vielmehr werden nur solche Tafeln oder Zeichen zurückgewiesen, die zu Verwechslungen mit dem vorchriftsmäßigen Zeichen führen oder die Lesbarkeit der Tafeln beeinträchtigen könnten. Entsprechende Hinweise des Automobilklubs auf die Regelung, z. B. in der Schweiz, in Belgien, Luxemburg usw., bei der Aufstellung von neuen Warnungstafeln blieben erfolglos.

Des Rätsels Lösung findet sich, wenn man vernimmt, daß die Regierungskommission einen Verordnungsentwurf über Warnungstafeln für den Kraftverkehr ausgearbeitet hat, in dem gesagt wird, daß Warnungstafeln ohne geschäftliche Anpreisungen aus öffentlichen Mitteln in den Farben schwarz-weiß-blau mit gelbem Rand aufgestellt werden sollen. Die Regierungskommission will also die Automobilwarnungstafeln auf Kosten der Saargebietsbevölkerung dazu benutzen, um dem Saargebiet einen nichtidealen Farbenantrieb zu geben. Es sind also auch hier wieder rein profranzösische Erwägungen, die die Regierungskommission zu einer Maßnahme veranlassen, die sich sowohl gegen die politischen wie gegen die finanziellen Interessen der Saargebietsbevölkerung richten. Es ist selbstverständlich, daß die Firma Shell Schadenersatzforde-

rungen geltend machen wird, nachdem sie auf Grund der seinerzeitigen Zustimmung der Regierungskommission mit der Anfertigung der Warnungstafeln begonnen und davon wohl auch schon rund 250 zur Verfügung gestellt hatte. Die Schadenersatzforderungen sollen eine Höhe von rund 150 000 Franken erreichen. Dazu kommen über 50 000 Franken für die Neuanfertigung der von der Regierungskommission vorgesehenen Warnungstafeln, so daß wegen der von der Saarregierung mit den Automobilwarnungstafeln verfolgten politischen Ziele die Saargebietsbevölkerung mit rund 200 000 Francs belastet wird.

Und so etwas nennt sich Wahrung der Rechte und Wohlfahrt der Bevölkerung und „Erhaltung jeglichen materiellen Schadens der Bevölkerung durch das Sonderregime“.

Die Vernichtung der Einzellriegergräber am Spicherer Berge.

Die „Saarbrücker Landeszeitung“ berichtete Anfang des Jahres, daß unter Aufsicht eines französischen Offiziers auf dem Spicherer Berge französische Arbeiter die Totengebeine der Einzelgräber aus den Kämpfen von 1870 und 71 ausschäufelten, um sie jetzt nach 58 Jahren in einem Sammelgrab beizusetzen. Das genannte Blatt schreibt hierzu u. a.:

58 Jahre ruhen die Braven, die für das Vaterland starben, hier in Frieden, und nun sollen — sollen — auf einmal ihre Gräber den Bauern beim Bestellen der Felder hinderlich sein. Dies wurde uns nämlich als Grund für die Zerstörung der Einzelgräber angegeben. Wie erinnerlich, befindet sich in halber Höhe des roten Berges ein Ehrenfriedhof. Vor demselben unter dem Schatten einer Trauerlinde, von liebender Freundeshand mit einem hübschen Grabgeländer versehen, liegt bzw. lag ein tapferer Krieger. „Nr. 34“ zeigt das gußeiserne Kreuz auf der einen und „8. August 1870“ auf der anderen Seite. Dieses Grab sowie das am oberen Ende der Sandgrube liegende sind auf keinen Fall Hindernisse für die Feldbestellung, die dort gar nicht stattfindet. Jedenfalls will Frankreich allmählich den Spichererberg und seine glorreichen Helden in die Vergessenheit versinken lassen. Oder sollten vielleicht die Gebeine der Tapferen, die ihr Herzblut für ihr Vaterland dahingaben, deshalb ausgegraben werden, weil man bei den Überresten der Toten einen größeren Geldebetrag fand? Man hätte doch von der „Grande Nation“ etwas mehr Pietät erwarten dürfen. Weiß übrigens der deutsche Bund für Kriegergräberfürsorge und sein saarländischer Zweigverein von diesen Vorgängen?

Wie dem auch sei, wir Deutsche und besonders wir Saarländer werden unsere tapferen Toten und den Ort, wo sie so lange ruhten, niemals vergessen.

Spichern ist und bleibt ein Ruhmesblatt in der deutschen Geschichte; der Spicherer Berg bleibt uns heilig, wenn auch französische Spaten jetzt den Frieden seiner Heldengräber stören und den durch ein halbes Jahrhundert pietätvoll gehegten und geschmückten Begräbnisplatz entweihen. Schande deshalb über ihnen.

Franzosenwirtschaft auf dem Exerzierplatz.

Demselben Blatt wird u. a. folgendes geschrieben: Um zum Spichererberg zu gelangen, muß man über den Exerzierplatz an dem ehemaligen französischen Lager vorbei. Hier auf dem Exerzierplatz legten die Franzosen ein Barackenlager an, daß man ruhig schön nennen konnte. Blumen und Rosen sowie eine Anzahl schöner Gartenlauben, Tennisplatz, Sport- und Fußballplatz, alles war da. Schöne Obstbäume wurden angepflanzt, der Weg mit einem Drahtzaun eingefast. Alles, was, wie gesagt, schön und nett, bis Deutschland und die Saarländer auf den „bösen“ Gedanken kamen, den Abzug der französischen „Garnison“truppen zu verlangen. Nun wurde alles, was einigermaßen schön oder nützlich war oder werden konnte, ab- und ausgerissen. Die jungen Obstbäume, die am Wege entlang gepflanzt waren, wurden fein viereckig — ausgehoben und verkauft. Statt der Bäume auf der Straße des Exerzierplatzes gähnen jetzt viereckige, mit Wasser gefüllte Löcher. Der Weg war, wie oben gesagt, rechts und links mit einem Drahtzaun eingezäunt. Der alte verrostete Draht liegt teilweise noch da, die Pfähle sind . . . Verwahrlost, planmäßige Anordnung ist deutlich sichtbar. Halb-, zum Teil noch mehr zerfallene Baracken zieren heute den Exerzierplatz und dienen den französischen Signalbläsern als Feuerungsmaterial. Auf der einen Seite Vernichtung jeden Erinnerungszeichens an ein siegreiches Gefecht, die sogar nach 58 Jahren unter dem Deckmantel, der Landwirtschaft zu helfen, die ehrenvolle Ruhe stört. Auf der anderen Seite die sichtbare Beibehaltung eines Zeichens der französischen Willkürherrschaft im Saargebiet. Ein Prügelstrafe muß und ist gefunden worden in der Landwirtschaft, d. h. auf französischem Boden. Auf deutschem Boden, einen Büchsenchuß weiter, bleiben alte, halbzerfallene, die Landwirtschaft wirklich in jeder Beziehung hindernde Baracken liegen, stören das Landschaftsbild und das Auge.

Schutz gegen den Bahnschutz nötig.

Bekanntlich hat der Völkerbund sich der französischen Auffassung angeschlossen, daß das Saargebiet mit Rücksicht auf die strategischen Bahnlinien im Saargebiet nicht ohne militärischen Schutz sein kann, — eine Auffassung, die seinerzeit Herr Briand

mit einer recht ausfälligen und wahrheitswidrigen Bemerkung über die „unruhige“ Saarbevölkerung begründete. Da man selbst im Völkerverbund die Aufrechterhaltung des vertragswidrigen Besatzungsheeres an der Saar nicht länger verteidigen zu können glaubte, gab man dieser Besatzung einen anderen Namen und ließ sie unter „Bahnschutz“ im Saargebiet weiter schalten und walten. Die französische Besatzung hat sich von Anfang an nicht gerade im Saargebiet beliebt gemacht, ihr Betragen war mangelhaft und führte oft zu Zwischenfällen mit der Bevölkerung, wobei die letztere wegen der „Unantastbarkeit“ der französischen Heereswache regelmäßig den kürzeren ziehen mußte. Da der jetzige Bahnschutz zum größten Teil aus Angehörigen der bisherigen französischen Besatzung und aus Mitgliedern englischer und belgischer Besatzungsabteilungen des Rheinlandes besteht, so ist es nicht verwunderlich, wenn in diesen Leuten auch fernerhin die Auffassung besteht, daß sie zu Herren des Landes bestellt seien. Entsprechend ist ihr Benehmen. Da sie im Saargebiet absolut keine sachgemäße Verwendung finden können, so richtet sich der Betätigungsdrang wiederum gegen die schutzlose Bevölkerung. Dadurch kam es in der Nacht vom 1. zum 2. Januar in einem Lokal in der Vorstadtstraße zu einer Schlägerei zwischen Angehörigen des Bahnschutzes und deutschen Gästen, wobei allerdings die Soldaten den kürzeren zogen, so daß zwei von ihnen ärztliche Hilfe in Anspruch nehmen mußten. Nach den Feststellungen der „Saarbrücker Landeszeitung“ ist der Zwischenfall auf eine absichtliche Herausforderung seitens der Soldaten zurückzuführen. Ein französischer Korporal oder Sous-Lieutenant, der mit vier Franzosen in einer Wirtschaft saß, suchte mit Gästen Streit, wurde so laut, zog seine Pistole und suchte, nicht gerade beruhigend, den Leuten vor der Nase herum. Der Wirt drehte dem Helben das gefährliche Werkzeug aus der Hand, wozu man ihm das Recht wohl nicht absprechen kann, und setzte die Bahnschutzgäste vor die Tür. Draußen wurde dem Pistolenträger klar, daß er ohne seinen Schießprügel nicht nach Hause gehen konnte, worauf er recht nett wurde und den Wirt um den Inhalt der Pistolentasche bat. Inzwischen kamen vier Belgier dazu, die Neujahrsmut hatten und vergaßen, daß das Saargebiet kein besetztes Gebiet ist, sondern etwas, was ihnen noch nicht ganz klar wurde. Der eine der Belgier schlug dem Wirt die Faust ins Gesicht, die Gäste griffen ein, und die belgischen Bahnschutzleute zogen unter der Tür des Lokals blank.

Was blanke Waffen bedeuten, braucht man wohl keinem Eingeweihten des Längeren auseinanderzusetzen. Man kann froh sein, daß diese Schlägerei, die absolut nicht den Anschein einer sogenannten betrunkenen Angelegenheit machte, nicht schlimmer ausgefallen ist. Ob schlimm oder weniger schlimm ist im Augenblick herzlich gleichgültig. Daß überhaupt ein solcher Fall sich ereignen konnte, ist schlimm genug.

Und er ist bedeutend genug, um die maßgebenden Stellen darauf aufmerksam zu machen, daß dem Bahnschutz immer und immer wieder eingeschärft werden muß, wozu er eigentlich da ist. Das dürfte sehr notwendig sein — wie aus diesem Fall zu ersehen ist. Die Saarbrücker Bevölkerung legt nicht den geringsten Wert auf weitere Faustkämpfe und hat das Anrecht, daß das Jahr 1928 ihr einen Fortschritt bringt und keinen Rückschlag in Zeiten, in denen die Besatzung alles sich erlauben konnte. Die Zeiten sind vorbei — das muß auch der Bahnschutz begreifen.

Ungefällige Zeitgenossen.

Unter dieser Überschrift berichtet die „Saarbrücker Zeitung“ aus Saarlouis folgendes: In der Zeit von 1918 bis 1920 wurden unter vielen anderen auch eine Anzahl Familien aus Elsaß-Lothringen ausgewiesen, die wahrlich nicht zu den besten Staatsbürgern zählen. Von der damaligen Besatzungsbehörde wurden diese Leute in die Kasernen 2 und 3 an der Zeughaus- bzw. Kavalleriestraße verwiesen. Das Wohnungsamt hatte man von dieser Einweisung nicht unterrichtet, es genügte dem Militärverwalter, die Familien losgeworden zu sein, die Stadt konnte sich ja mit ihnen herumschlagen. Bei diesen unangenehmen „Mithürgern“ haben sich auch viele Ausländer angesiedelt, eine Anzahl, die alles andere denn erfreulich ist. Nach Ablösung der Militärverwaltung übernahm die Saarregierung die Aufsicht über die „Gäste“, indes wurde ihr das Fürsorgeamt bald lästig und man schob es der Stadt Saarlouis zu. Die Mehrzahl der Insassen der bezeichneten Kaserne setzt sich aus den ungebärdigsten Elementen zusammen. Gewalttaten gegen Eigentum, sowie Leben und Gesundheit ihrer Nachbarn sind etwas Alltägliches. Aus der letzten Zeit nur einige Fälle: Der „Arbeiter“ Stephan Michallat — ein Pole — lauerte in einem Anfall von Eifersucht einem Arbeiter auf und schlug ihn nieder. Der Gestochene mußte ins Krankenhaus, der Pole kam ins Gefängnis. Am folgenden Tage schon gerieten sechs Männer, darunter ein stämmiger, besonders rauflustiger Marokkaner, aneinander, wobei es blutige Köpfe gab. Bezeichnend ist der folgende Fall: Eine aus Zabern hergezogene Familie, der die Ausweisung als lästige Ausländer in Aussicht gestellt werden mußte, hat als Antwort darauf mit einer Beschwerde bei der französischen (!!) und saarländischen Regierung gedroht. (!) Fremde ohne Einreise- und Niederlassungserlaubnis, manchmal die ge-

fährlichsten Menschen, finden Unterschlupf in diesen beiden Kasernen und halten sich polizeilich unangemeldet auf. Bei der täglichen Kontrolle von Polizei und Landjägern ist es oft nur einem Zufall zu verdanken, daß solche Leute, die meistens von den Einwohnern versteckt gehalten werden, ermittelt werden können. Die ungebeten Gäste sind aber auch recht kostspielig. In die Gebäude mußten schon Hunderttausende von Franken für Ausbesserung und Unterhaltung gesteckt werden. Die Zustände sind unerträglich geworden und es muß für Abhilfe gesorgt werden. Die Saarregierung hat die Pflicht, einzugreifen, den unhaltbaren Verhältnissen ein Ende zu bereiten.

Instanzenzwierigkeiten verhindern die Fertigstellung des St. Wendeler Gymnasiums.

In St. Wendel wurde vor mehr als Jahresfrist mit dem Bau eines neuen Gymnasiums begonnen, nachdem der alte Bau für die heutigen Verhältnisse vollkommen unzureichend geworden war. Der Bau eines neuen Gymnasiums wurde lebhaft begrüßt, sowohl von den Lehrern als auch von den Schülern, zumal die Klassen wegen Fehlens der nötigen Klassenräume in der ganzen Stadt zerstreut untergebracht werden mußten. Der Neubau, mit allen neuzeitlichen Einrichtungen ausgestattet, ist fertiggestellt und sollte bereits nach den Herbstferien vergangenen Jahres bezogen werden. Der Einzug mußte immer wieder aufgeschoben werden, da bis heute die erforderlichen Bänke noch nicht beschafft werden konnten. Der Grund soll nach der „Saarbrücker Zeitung“ bei der Regierungskommission zu suchen sein, da von dieser Stelle das nötige Geld nicht beschafft werden könne.

Begünstigung französischer Gewerbetreibender.

Von Anfang ihrer Tätigkeit war die Saarregierung darauf bedacht, französischen Personen und vor allem französischen Unternehmern und Gewerbetreibenden Ver- und Begünstigungen zuteil werden zu lassen. Dieses Verfahren ist bis auf den heutigen Tag fortgesetzt worden, weil die frankophile Mehrheit dieser Logen. Völkerverbundskommission alle auf eine neutrale, unparteiische Behandlung aller Saargebietseinwohner unternehmenen Versuche zuschanden machte. In einer Ausschusssitzung beschäftigte sich auch der Schutzverein für Handel und Gewerbe im Saargebiet mit dieser Angelegenheit. Der Geschäftsführer Dr. Reuth erinnerte daran, daß das Saargebiet schon oft genug Gelegenheit gehabt habe, sich über gewisse, die saarländischen Wirtschaftsinteressen schwer schädigende Tendenzen der französischen Wirtschaftspolitik zu beschweren. In diesen Zusammenhang gehören nicht nur die Gewinn- und Absatzpolitik der französischen Grubenverwaltung, die Ausbeutung saarländischer Kohlenflöze von Lothringen her, die Haltung der französischen Regierung in der Frage des Grenzverkehrs usw. Auch in der Frage der Reisendenlegitimationen, des Wandergewerbes und des Marktwesens beweise Frankreich, daß es nicht gewillt sei. Rücksichten auf die saarländischen Wirtschaftsinteressen zu nehmen. In diesen Fragen sei allerdings die Regierungskommission genau so anzuklagen wie die französische Wirtschaftspolitik.

Was zunächst die Frage der Reisendenlegitimationen anbelangt, so habe die Regierungskommission durch Verfügung vom 15. Januar 1921 Frankreich das ungeheuerliche Zugeständnis gemacht, daß die französischen Gewerbelegitimationen ohne weiteres im Saargebiet anerkannt werden. Dieses Zugeständnis sei ein reines Geschenk an Frankreich gewesen, denn Frankreich erkenne doch bis heute nicht die saarländischen Gewerbelegitimationen als vollberechtigt an. Saarländische Reisende stoßen in Elsaß-Lothringen auf den größten Widerstand, wenn sie ihre Geschäftstätigkeit ausüben wollen. Sie werden mit Kautionsstrafen belegt, einem saarländischen Reisenden wurde sogar vor dem Gericht in Saargemünd der Prozeß gemacht. Wenn ein saarländischer Reisender sich in den Besitz vollgültiger Papiere setzen will, so war ihm dieses bisher überhaupt unmöglich. Er wurde von einer französischen Dienststelle, von einer Stadt nach der anderen geschickt, ohne überhaupt etwas zu erreichen. Die Regierungskommission habe fast ein Jahr nötig gehabt, um überhaupt eine Regelung zu treffen und diese Regelung, wie sie in ihrem Schreiben vom 15. Oktober 1927 an die Handelskammer mitgeteilt worden ist, sei denkbar schlecht und unhaltbar. Die Regierungskommission habe nämlich mitgeteilt, daß nunmehr die Chambre de Commerce Franco-Sarrois berechtigt sei, die französische Legitimationstafel für saarländische Reisende auszustellen, so daß praktisch in dieser Beziehung die saarländischen Geschäftsreisenden mit den französischen Geschäftsreisenden gleichgestellt seien. Man müsse von ihr verlangen, daß sie für französische Reisende einen besonderen saarländischen Ausweis verlangt, falls Frankreich sich weiter weigert, die saarländischen Heimatslegitimationen ohne weiteres anzuerkennen. Auch in bezug auf das Wandergewerbe bestehe der unerträgliche Zustand, daß an französische Hausierer Wander-gewerbebescheine ausgestellt werden, während unausgeleitet saarländische Hausierer in Frankreich keine erhalten können. Hier erhebe sich die Forderung, daß die Regierungskommission auf

Grund des § 56d der Gewerbeordnung an Franzosen solange keinen Wandergewerbeschein erteilt, wie sich Frankreich weigert, an saarländische Hausierer die Legitimationen auszuhandigen.

Grundsätzlich das gleiche gelte für die Schausteller und Markthändler. Hier sei es ebenfalls ein unhaltbarer Zustand, daß die französischen Schausteller und Händler in großen Mengen saarländische Märkte und Kirmessen besuchen, ohne dazu irgendeiner Legitimation zu bedürfen und ohne Steuern zu zahlen, während umgekehrt saarländische Schausteller und Markthändler nicht nach Frankreich können, wie dies aus einem Schreiben des Saarverbandes der Handelsleute, Schausteller und Berufsgenossen hervorgeht. Hier werde von der Regierungskommission die Anwendung des § 64 Abs. 3 der Gewerbeordnung verlangt und gefordert, daß sie auch in dieser Beziehung die Wirtschaftsinteressen des Saargebietes schützt.

Kleine Tageschronik.

Die Sitzung.

Ob's kummt zu Schtand,
Ob's weiter ruht!
Te Sitzung driwwer,
Dann is' schon gut.
Sitzunge abzuhalte
Iß doch ä schääni Sach,
Sitzunge iwwer's Dummische,
Iwwer's Gscheidichte freilich nach.
Unn wochelang berote,
Woßs niemols kummt zu Schtand,
Deßs mache se alljährlich
Zu Genf im Schweizerland.

Schorisch.

Saarbrücken. Nach einer Mitteilung der Statistischen Abteilung der Stadt Saarbrücken wirkte sich die letzte größere Frankenhaisse auf dem Gebiet der Preisgestaltung in voller Höhe erst im Oktober 1926 aus, wo die höchste Indexziffer, die bisher in Saarbrücken ermittelt wurde, mit 688,9 festgestellt worden ist. Von da ab nahm die Preisgestaltung wiederum eine rückläufige Bewegung an, und zwar dergestalt, daß die Indexziffer vom Oktober 1926 mit 688,9 im Januar 1927 bereits auf 637,6 zurückgegangen war. Die rückläufige Bewegung der Preisgestaltung hielt auch im Jahre 1927 an und erreichte ihren niedrigsten Stand im August mit einer Indexziffer von 584,3, von da ab ist eine schwache Steigerung bis zum Jahresende zu verzeichnen. Die Indexziffer fiel vom Oktober 1926 bis Januar 1927 um 7,4 Prozent, von Februar bis August um 8,4 Prozent. Die Steigerung von August ab bis zum Jahresende beträgt nur 0,8 Prozent. Die einzelnen Gruppen der Lebenshaltungskosten erfuhren im Jahre 1927 folgende Veränderung: Die Ausgaben für Ernährung fielen von 667,6 im Januar 1927 auf 596,9 im Dezember 1927, also um 10,6 Prozent. Die Ausgaben für die Wohnung blieben mit 338,7 während des ganzen Jahres gleich. Die Ausgaben für Heizung und Beleuchtung fielen von 727,5 im Januar 1927 auf 603,2 im Dezember 1927, also um 17,1 Prozent. Die Ausgaben für Bekleidung unterlagen nur geringen Schwankungen und sind am Anfang und Ende des Jahres 1927 mit 840,3 gleich. Die Ausgaben für sonstigen Bedarf einschließlich Verkehr fielen von 842,7 im Januar auf 812,1 im Dezember 1927, also um 3,6 Prozent.

Der wegen Mordverdachts inhaftierte Untersuchungsgefangene Johann Jach ist aus der Saarbrücker Strafanstalt entsprungen, wo er seit 14. Mai v. J. untergebracht war. Jach ist in Holowijn in der Ukraine am 4. Mai 1895 geboren und war vor seiner Festnahme längere Zeit in Deutschland, zuletzt im Schlafhaus Brebach tätig. Neben der Saarbrücker Anklage schwebte gegen Jach auch ein Strafverfahren vor dem Schwurgericht Kaiserslautern. — In Berlin ist der Lohnbuchhalter Hochlich aus Saarbrücken festgenommen worden, der Anfang Dezember einer Saarlouiser Firma 35 000 Franken unterschlug und dann geflüchtet war. Der Verhaftete besaß von dem Gelde fast nichts mehr; alles war bei Vergnügungen in rheinischen Städten draufgegangen.

Brebach. Anfang Januar fand man in dem zur Brebacher Hütte gehörigen Kaltbruche die Leiche des 62 Jahre alten Gelegenheitsarbeiters Alfred Herrmann. Er hatte sich zur Gewohnheit gemacht, nach Schichtschluß den Weg nach Spichern, wo er wohnte, abzukürzen, indem er den Kaltbruch durchquerte. Infolge der Dunkelheit glitt er an diesem Abend einen fünf Meter hohen Abhang hinunter. Dort muß er bewußtlos liegen geblieben sein. Die eifige Kälte, die in jener Nacht herrschte, wird den Unglücklichen wohl getötet haben. Die Leiche wies einen Schädelbruch auf.

Bischofsheim. Eine der schönsten Pfarrkirchen der Synode Saarbrücken ist die evang. Pfarrkirche in Bischofsheim, die im kommenden Sommer einer durchgreifenden Ausbesserung unterzogen wird, da der Zahn der Zeit gewaltig an dem schönen Bauwerk genagt hat. Die achtseitige Rundkirche wurde nach dem Entwurfe des kgl. Baumeisters Schinkel unter der Regierung

König Friedrich Wilhelms III. erbaut. Unter der Amtsführung von Pfarrer Mannherz konnte das hundertjährige Bestehen der Kirche gefeiert werden. Das Dachgebälke, das den Turm trägt, ist inzwischen morsch geworden und muß gänzlich erneuert werden, auch soll eine Dampfheizung eingebaut werden. Es wäre auch zu begrüßen, wenn die großen Sandsteinsäulen der Gänge durch Mettlicher Platten oder Porphyrlplatten ersetzt würden. Da die Kirche, die als einziges Bauwerk Schinkels im Saargebiet anzusprechen ist, unter Denkmalschutz steht, dürfte die Regierung auch einen ansehnlichen Zuschuß zum Umbau beisteuern.

Güdingen. Da lehtin auf dem sogenannten „Kreuz“ historische Funde gemacht wurden, beabsichtigt der Konservator fürs Saargebiet, im Frühjahr den ganzen Platz freilegen zu lassen, um festzustellen, um was für ein altes Gebäude es sich handelt. Ein hiesiger Steinbruchbesitzer hat in seinem Bruche einen noch gut erhaltenen alten Krug mit zwei Henkeln gefunden. Aus welcher Zeit dieser stammt, ist noch unbekannt.

Krughütte. „Erdtaul“, dieser Name — heute als Geländebezeichnung im Gebiet bei der Dampfstegelei — war verbunden mit seinem Bodenschatz, bestehend aus feinstem Ton, die Ursache der Entstehung unseres Ortes. Graf Friedrich Ludwig von Nassau-Saarbrücken ließ 1721 auf Grund dieses Tonvorkommens hier eine Erdtaul anlegen. Aus Idstein im Taunus ließ er zwei Kannenbäder mit Namen Stöcker kommen, die eine Töpferei in der Nähe einrichteten. Der Graf überwies ihnen Land und befreite sie von allen Abgaben. Von jedem Brand mußten sie 12 Blumentöpfe und eine kleine Geldsumme an den Grafen abliefern. Einzelne Werkstücke der alten Töpferei werden noch in alten Krughütter Familien aufbewahrt. So hat die Verwertung der Tonerde aus der Erdtaul den alten Krughütern lange Jahre Verdienst geboten.

Küfenthal. Das Anwesen, das bisher als Kottkirche und Pfarrhaus diente, konnte von der französischen Grubenverwaltung für die katholische Kirchengemeinde käuflich erworben werden. Es ist beabsichtigt, in den unteren Räumen ein katholisches Vereinshaus einzurichten.

Böcklingen. Ein schweres Hochofenunglück ereignete sich am 16. Januar in der Frühe auf der Böcklinger Hütte. Wahrscheinlich durch eine Kohlenstaubexplosion in dem Hochofen V wurden die vier oberen Meter des Hochofens zerstört. Infolge der herausgeschleuderten, teilweise glühenden Massen verunglückten die an dem Hochofen beschäftigten 17 Mann. Zwei von ihnen wurden auf der Stelle getötet. Von den Verletzten sind weitere fünf Mann ihren schweren Verbrennungen erlegen. Unter den Verletzten befindet sich ein Betriebsführer, ein Betriebsingenieur und ein Betriebsmeister. Durch die Explosion wurden verschiedene Rohrleitungen zerstört, so daß die Hochofenanlage, das Stahlwerk und das Walzwerk teilweise außer Betrieb gesetzt werden mußten. Teilweise konnten die stillgelegten Abteilungen schon am anderen Tage wenigstens in beschränktem Umfange wieder in Betrieb genommen werden, während die Ausbesserungsarbeiten und die Inbetriebnahme des Hochofens V voraussichtlich bis Ende des Monats in Anspruch nehmen werden. Das Unglück ist wahrscheinlich darauf zurückzuführen, daß die Füllung des Hochofens hängen blieb, beim Schmelzprozeß also nicht nachrutschte. Durch das dann plötzliche Niederrutschen der Füllung entwickelte sich starker Kohlenstaub, der sich an den glühenden Massen entzündete. Jedenfalls handelt es sich bei der Explosion um eine der schwersten Katastrophen, von der bisher die Saarhüttenindustrie betroffen worden ist. Der Präsident der Regierungskommission, Sir Ernest Wilson, und das saarländische Regierungsmitglied Cömann stattete dem Werk am 17. Januar einen Besuch ab.

Köln. Die Gemeinden Engelfangen, Ehenhofen, Berchenbach, Kölln, Rittenhofen, Selterbach und Waltershofen haben beschlossen, sich von dem oberen Teile der Bürgermeisterei Selterbach zu trennen und eine eigene Bürgermeisterei zu gründen, die mit ihren 6100 Seelen lebensfähig sein würde, zumal der Geburtenüberschuß prozentual ein größerer ist, als in dem verbleibenden Teiler der Bürgermeisterei.

Altenwald. Der schienengleiche Uebergang in unmittelbarer Nähe der Grube, der eine stete Gefahr für Fußgänger wie für Fuhrverkehr bildet, soll mit Beginn des Frühjahrs durch den Bau einer Unterführung beseitigt werden. — Drei Lehrlinge eines hiesigen Malermeisters, die in einem Werkraum der Röchlingschen Kotsanlage mit Anstreicherarbeiten beschäftigt waren, wurden durch Einatmen von Gasen bewußtlos. Sie konnten jedoch alle drei dem Leben wiedergegeben werden.

Elversberg. Im Jahre 1927 wurden in der evangelischen Kirche 74 Tausen vollzogen. Konfirmiert wurden 84 Kinder (51 Knaben und 33 Mädchen). Aufgebeten wurden 44 Paare, gestorben sind 32 Personen.

Landweiler. Aus der Hochspannungsleitung Landweiler-Millingen wurden zwei Teile gewaltsam zerstört, so daß eine vollständige Unterbrechung der Lichtversorgung der

Gemeinden Illingen, Landsweiler und Schiffweiler eintrat. Wie die Saarland-Lothringer Elektrizitäts-A.-G. in der Presse mitteilt, besteht der Verdacht, daß diese Störungen auf Sabotageakte zurückzuführen sind, um die in Illingen von den Bergarbeiterverbänden einberufene Versammlung, die zur saarländischen Elektrofrage Stellung nehmen sollte, zu stören. Für die Ergreifung der Täter sind sowohl von der Saarland-Lothringischen Elektrizitäts-A.-G. wie auch von der Rheinisch-Westfälischen Elektrizitäts-A.-G. insgesamt 7000 Mark ausgesetzt worden.

Ottweiler. Die Firma Fr. Chr. Rosentanz, Eisenwarenhandlung, Ottweiler, konnte auf ein 100 jähriges Bestehen zurückblicken. Anlässlich des Jubiläums stellte der Mitinhaber der Firma W. Bad die Hausfront, wie sie vor hundert Jahren bestanden hat, wieder her. Die großen Schaufenster sind in Zimmerfenster umgewandelt, von denen nur ein Ladenfenster mit früheren Eisenwaren, Holzwaren, Schüsseln, Beschlägen, Delichtern, Spinnrädern usw. geschmückt ist.

Pachten. Aus der Fremdenlegion zurückgekehrt ist soeben nach einer Dienstzeit von 7 Jahren der M. Th. von hier. Er hatte es bis zum Unteroffizier gebracht. Während der Dienstzeit hatte er schwere Entbehrungen und Strapazen erleiden müssen und ist mittellos heimgekehrt und steht nun auch noch arbeitslos da.

Duppenweiler. Die Gastwirtschaft Heinrich Goerp hier selbst, ging durch Verkauf in den Besitz des Gastwirtes Maier aus Bilsdorf über.

Ralsbach. Am Morgen des 2. Januar wurde in der Nähe des Ortes ein verwegener Postraub verübt. Als der Postschaffner Schäfer die von der Bahn abgeholtte Post nach dem Postamt bringen wollte, wurde er jenseits der Primsbrücke von drei verummten Männern angehalten, die ihn vom Rade rissen, ihm einen Messerstich beibrachten und ihm die Posttasche entrißen. Durch Schüsse wurde Schäfer an der Aufnahme der Verfolgung verhindert. Offensichtlich hatten die Räuber damit gerechnet, daß sie die am 1. Januar fälligen Rentengelder erbeuten könnten, worin sie sich aber täuschten, da der Schaffner nur Briefsachen bei sich hatte, die die Täter später wegwurfen. Landjäger und Kriminalbeamte aus Saarbrücken nahmen die Verfolgung im Saarwälder Wald auf.

Bachem. Durch ein Brandunglück wurden 4 Wohnhäuser und 2 mit Vorräten gefüllte Scheunen eingeäschert. Der herrschende Wind und die Trockenheit begünstigten die Ausbreitung des Brandes. Die gesamten Gebäude wurden ein Raub der Flammen.

St. Ingbert. Die nunmehr endgültig abgeschlossenen Feststellungen über das Schnappacher Gasunglück haben einwandfrei ergeben, daß es auf Grubenentzündung zurückzuführen ist. Durch diese Grubenentzündung war ein Verbindungsstück des unter dem Hause liegenden Gasrohrs herausgerissen worden, so daß das Gas durch einen Riß im Fußboden in das Schlafzimmer der Getöteten eindrang.

Personalnachrichten.

Geheimer Sanitätsrat Dr. med. Maurer in Saarbrücken-Malsstatt ist im Alter von 71 Jahren gestorben. Dr. Maurer gehörte in der Saargroßstadt zu jenen markanten Persönlichkeiten, die mit der Entwicklung des kommunalen, geistigen und sozialen Lebens der vereinigten Saarstädte engstens verwachsen waren. Als junger Arzt ließ er sich vor mehr als 40 Jahren in Malsstatt nieder und fand wegen seines liebenswürdigen Wesens, seiner freundlichen Hilfsbereitschaft und seines fachlichen Könnens bald einen sehr beachtlichen Patientenzirkel. Sein Spezialfach war die Orthopädie. Er richtete selbst in seinem Hause einen orthopädischen Übungsraum zur Behandlung von Knochen- und Gelenkerkrankungen her, die später die Grundlage für die orthopädische Abteilung des Krankenhauses Malsstatt wurden. Die Errichtung dieses Krankenhauses ist letzten Endes sein persönliches Werk. Unter seiner Leitung nahm es die Entwicklung, die es auf die heutige Stufe moderner Krankenhauseinrichtung gebracht hat. Hier war er bis zum Schluß seines Lebens tätig. Bei einer orthopädischen Operation wurde er infolge körperlicher Ueberanstrengung von einem Schlaganfall betroffen, der in kurzer Zeit zum Tode führte.

Wie Dr. Maurers ärztliche Tätigkeit ganz darauf eingestellt war, der leidenden Menschheit ein Helfer zu sein, so betätigte er sich auch außerberuflich ganz im Werke der Nächstenliebe. Er gehörte einer großen Anzahl von kommunalen und sozialen Korporationen und Vereinen an und widmete sich zunächst als Stadtverordneter des Malsstatt-Burbacher Gemeinderats und später der Saarbrücker Stadtverordnetenversammlung in hervorragendem Maße allen Fragen der Volksgesundheit und des sozialen Lebens. Er galt auch für die in Frage kommenden behördlichen Instanzen, wie Versicherungsämtern, Berufsgenossenschaften usw. als Sachverständiger auf dem Gebiete der Gesundheitspflege und wurde gern und oft als Gutachter über solche Fragen herangezogen. Seine Stellung als Vertrauensarzt bei der Eisenbahn, der Knappschaft, dem Landesversicherungsamt, den Berufsgenossen-

schaften u. a. gab ihm, worauf Dr. Mory in der „Saarbrücker Zeitung“ hinweist, Gelegenheit, an dem Ausbau wichtiger sozialer Einrichtungen entscheidend mitzuwirken. Daneben arbeitete er an den fachlichen und beruflichen Interessen des Arztstandes eifrig mit und gab dabei den jüngeren Kollegen ein Vorbild von Pflichttreue und Verantwortlichkeitsempfinden. Während des Krieges war er als fachärztlicher Beirat für Orthopädie an dem Saarbrücker Reservelazarett tätig.

Der Ausgang des Krieges und seine politischen Folgen für das Saargebiet trafen wie jeden nationalen Mann auch den Geh. Sanitätsrat Dr. Maurer außerordentlich schwer. Wenn er sich dennoch sehr bald wieder mit den gegebenen Tatsachen abfand, so unter dem Gesichtspunkt, daß „Arbeit Deutschland wieder zum Aufstieg verhelfen muß“. Mehr denn je suchte und fand er denn auch Hoffnung für eine Wendung des deutschen Schicksals und der Zukunft des Saargebiets in seiner vielgestaltigen Arbeit. Auch hier ist er nicht nur seinen Kollegen, sondern ganzen Bevölkerungstreffen ein Vorbild treuer Pflichterfüllung und unerschütterlicher Zukunftshoffnung gewesen. Sein Tod reiht daher in die Reihe vorwärtstreibender deutscher Männer an der Saar eine sichtbare Lücke. Sein Wirken hat aber preishare Ergebnisse zurückgelassen, die die Gewähr dafür geben, daß sein Geist unter seinen Kollegen, seinen Mitarbeitern und in der Bevölkerung fortleben wird.

Nach über 40jähriger Dienstzeit ist am 1. Dezember 1927 der Oberschichtmeister König von der Berginspektion Louisaental in den Ruhestand getreten. Damit scheidet ein Mann aus seinem Wirkungskreis, der sich in weitesten Kreisen Achtung und Beliebtheit erworben hat. Mit seinem 16. Lebensjahre machte er seine erste Seilschiffahrt auf der Grube Dudweiler. Mit seinem 20. Lebensjahre trat er bei der damals noch jungen deutschen Marine ein, wo er nach Dienstleistung beim Marinelehrbataillon und nach Besuch der Telegraphenschule zum Kompagniefeldwebel avancierte. Im Jahre 1896 wurde er als Anwärter für den höheren Bureau- und Kassendienst von der preussischen Bergverwaltung eingestellt. Am 1. April 1901 erfolgte seine Ernennung zum Schichtmeister auf Berginspektion 8. Am 1. August 1921 wurde ihm die Inspektionsstellenführung der Inspektion Fürsthausen, bald darauf die verantwortliche Kasienleitung von Louisaental übertragen. Die preussische Bergverwaltung hat den Oberschichtmeister König als pflichttreuen deutschen Beamten bei seiner Versetzung in den Ruhestand besonders geehrt, indem sie ihm die vollen Bezüge der gleichgestellten preussischen Ruhegehaltsbeamten zuerkannte.

Sein 50jähriges Jubiläum im Dienste der Firma Gebr. Köchling-Völklingen konnte der Hüttenarbeiter Karl Reimerzhöfer in Schnappach feiern. Reimerzhöfer hat sich außerdem große Verdienste um die deutsche Turnerschaft erworben; er war Mitbegründer des Turnvereins Schnappach, den er selbst lange Jahre als erster Vorsitzender leitete. Trotz seines hohen Alters ist er auch heute noch in der körperlichen Ertüchtigung der Jugend tätig. Gleichfalls 50 Jahre im Dienste der Völklinger Hütte steht Herr Math. Schuh in Wehrden. — Auf eine 40jährige Dienstzeit auf dem Neunkirchener Eisenwerk konnte der Prokurist und Hauptkassierer des Werkes, Emil Dieck, zurückblicken. Auch der Ingenieur Heinrich Mayer konnte auf der gleichen Arbeitsstelle sein 40jähriges Dienstjubiläum feiern. — 38 Jahre ist der Arbeiter Karl Schiel in Altenwald bei der Firma Baum tätig, während die Werksangehörigen der Firma Verzinkerei Anton Beder A.-G. in Fraulautern, Fritz Schackmann, Mathias Neu und Georg Fontaine auf eine ununterbrochene 30jährige Arbeitszeit in dem genannten Betriebe zurückblicken können. Bei der Firma Gebr. Wdt A.-G. in Ensheim konnten Anfang des Jahres insgesamt 77 Arbeiter für mehr als 25jährige Tätigkeit bei der Firma mit Ehrengeschenken bedacht werden. Ferner feierte Peter Stang, Meister bei der Firma Kopp & Wolf in Saarbrücken 2 sein 25jähriges Dienstjubiläum.

Direktor Colban, der Leiter der Abteilung der „Minderheiten“ Danzig und Saargebiet im Völkerbundssekretariat, ist zum Direktor der Abrüstungsabteilung des Völkerbundes an Stelle des bisherigen Direktors Matarfiata ernannt worden. Wenn Colban in seiner bisherigen Tätigkeit als gleichsam federführender Referent für das Saargebiet auch nicht allzu stark hervorgetreten ist und er sich auch im Saargebiet selbst persönlich kaum hat sehen lassen, so darf man doch wohl von Herrn Colban saen, daß er große Arbeit für das Saargebiet geleistet und vor allem darauf geachtet hat, daß der Völkerbundsrat über die Verhältnisse im Saargebiet immer objektiv unterrichtet wurde. Nur eines verstehen wir nicht: gibt es denn eine Minderheit im Saargebiet im Sinne der Minderheitsbestimmungen? Wir kennen nur eine Minderheit in der Saarregierungsform, die zwei Minderheiten nämlich, die von der französisch-belgisch-luxemburgischen Mehrheit ständig majorisiert werden im Interesse der französischen Bestrebungen im Saargebiet!

Reichsbankdirektor Schmieden, der Leiter der Reichsbankstelle in Saarbrücken, hat in diesen Tagen das Saargebiet verlassen.

am die Leitung der Reichsbankhauptstelle in Nürnberg zu übernehmen. Direktor Schmieden war seit dem Jahre 1920 in Saarbrücken tätig und hat sich größte Verdienste um die Aufrechterhaltung des saarländischen Wirtschaftslebens in schwerster Zeit erworben. Zu seinem Nachfolger wurde Direktor Träger aus München ernannt.

Sein 40jähriges Dienstjubiläum konnte Steuerrat Jakob Corsten in Sulzbach begehen. — Zum Gerichtsinспектор wurde Gerichtsobersekretär Kloop beim Amtsgericht Saarlouis ernannt. — Der über 20 Jahre in Schwalbach stationiert gewesene Oberlandjäger Koch wurde mit dem 1. Januar als Landjägermeister nach Saarbrücken versetzt. — Der Forstgehilfe Gustav Reichert in Düppenweiler wurde als Hilfsförster nach Schwemlingen versetzt.

40 Jahre Saarbergmann. 16 Bergleute der Grube Altenwald konnten kürzlich ihr 40jähriges Arbeitsjubiläum auf der genannten Grube begehen. Sie wurden je mit goldener Uhr und Ehrenurkunde ausgezeichnet. Die meisten Jubilare sind nunmehr in den Ruhestand getreten. Auch der Heilgehilfe Theobald Halberstadt in Friedrichsthal-Bildstock wurde für 40jährige Tätigkeit auf der Grube ausgezeichnet und trat gleichfalls in den Ruhestand.

Aus der Gemeindeverwaltung. Zum Bürgermeister der Landbürgermeisterei Hilbringen wurde der kommissarische Bürgermeister Jakob ernannt; die Wahl des stellvertretenden Gemeindevorstehers Peter Gerber zum Gemeindevorsteher und des Gemeindevorordneten Friedrich zum stellvertretenden Gemeindevorsteher der Gemeinde Illingen-Gennweiler wurde bestätigt. Verwaltungsinспектор Klemm in Büttlingen konnte auf eine 25jährige Dienstzeit bei der Bürgermeisterverwaltung Büttlingen zurückblicken. Der Bürgermeister von Tholey, Herr Häfner, feierte im vorigen Monat sein 25jähriges Dienstjubiläum als Bürgermeister in Tholey. — Nach 40jähriger Tätigkeit im Dienste der Stadt Bliestal ist der Altbürgermeister Eugen Hegemann Anfang vorigen Monats verstorben. — Ihr 25jähriges Berufsjubiläum feierte die evangelische Gemeindepfarrerin Sophie Schäfer in Friedrichsthal.

Aus der Schulverwaltung. Zum Nachfolger des in den Ruhestand getretenen Direktors Strickrodt in Wiebelskirchen wurde der Oberlehrer Wagner in Merxweiler bestellt. Das Kollegium des katholischen Schulsystems hatte einstimmig den dienstältesten Oberlehrer Köhlinger in Vorschlag gebracht, ohne daß dieser Vorschlag von der Regierungskommission beachtet wurde. An Stelle des in den Ruhestand getretenen Konrektors Britten in St. Wendel wurde die Oberlehrerin Fräulein Pias von der katholischen Volksschule in Ottweiler als Konrektorin nach St. Wendel versetzt.

Das Fest ihrer goldenen Hochzeit feierten die Eheleute: Nikolaus Schönbberger und Katharina, geb. Dümmler, in Saarbrücken, Werkmeister a. D. Heinrich Strätmann und Christine, geb. Schmidt, in Obervölklingen (81 bzw. 72 Jahre), August Johum und Marie, geb. Kroner, in Großrosseln, Gendarmenwachmeister a. D. Ferdinand Hasler und Frau, geb. Fine, in Saarlouis.

Ihre Silberhochzeit feierten die Eheleute Georg Grimberg und Therese, geb. Karr, in Saarbrücken I, Edmund Klassen und Frau, Eisenhandlung, Saarbrücken II, Peter Busch und Frau, Saarbrücken V, Nikolaus Kemmlinger und Anna-Maria, geb. Brammer, in Altleisfeld.

Die älteste Einwohnerin der Stadt Saarbrücken ist Frau Witwe Dorothee Weber in der Alt-Neugasse, die am 4. Dezember ihren 97. Geburtstag feiern konnte. Sie ist eine geborene Ottweilerin, aber schon seit Jahrzehnten in Saarbrücken ansässig. Ihren 91. Geburtstag feierte am 2. Januar die Witwe Karl Rivinius in Bous. Ihren 90. Geburtstag konnten die Witwe Klockner, geb. Fleck, in Altleisfeld und Frau Witwe Schulze in Merzig feiern. Am zweiten Weihnachtstage wurde der pensionierte Gemeindepfarrschreiber Michael Lot in Bliestal 85 Jahre alt, während der Hüttenpensionär Peter Wolf in der Großen Schulstraße in Saarbrücken sein 84. Lebensjahr vollenden konnte. Ihren 80. Geburtstag feierten Frau Wilhelm Bengel in Dudweiler sowie die Herren Joseph Gindorf und pensionierter Bergmann Johann Schott, beide in Altleisfeld. 70 Jahre alt wurde Direktor Berne in Schnappach, wo er auf der Köhlingischen Kolsanlage beschäftigt war. Ferner feierte Frau Angelika Klier in Saarbrücken I ihren 70. Geburtstag.

Zur großen Armee abberufen wurden der pensionierte Bergmann Christian Neufang im Alter von 84 Jahren in Wellesweiler, Mittkämpfer in den Feldjügen von 1866 und 1870/71 sowie der Pensionär Johann Schmidt in Dillingen im Alter von 83 Jahren, der gleichfalls beide Feldzüge mitgemacht hatte.

Aus der preussischen Bergverwaltung. Uebertragen worden sind: die Stelle eines ersten Bergrats in Sonderstellung dem Ersten Bergrat Dr. Wildelschulte bei dem Bergrevier Hamm; dem bisher mit der Verwaltung des Bergreviers Nord-Bochum beauftragten Bergrat Heinrich Hochstrate unter Er-

nenennung zum Ersten Bergrat die Bergrevierbeamtenstelle des genannten Bergreviers. Beauftragt worden sind: mit der Verwaltung der Stelle des Ersten Bergrats bei dem Bergrevier Nord-Hannover der Bergrevierbeamte in Schmalkalden, Oberbergrat Fährndrich; mit der einstweiligen Verwaltung des Bergreviers Schmalkalden der dort bisher als Hilfsarbeiter tätige Bergrat Stelling. Der Bergrat Friedrich Vohmann ist vom 1. Januar 1928 ab auf weitere sechs Monate zur Beschäftigung im Reichswirtschaftsministerium beurlaubt worden.

Personalnachrichten der Preussischen Bergbehörde. Der Oberbergrat Boehm von dem Oberbergamt in Clausthal ist zum Ministerialrat im Ministerium für Handel und Gewerbe ernannt worden. — Der bisher bei dem Oberbergamt in Halle tätige Bergrat Schäfer ist an das Oberbergamt in Breslau versetzt worden. — Beurlaubt worden ist: der Bergassessor Heinrich Reimann vom 1. Januar ab auf ein weiteres Jahr zur Uebernahme einer Stellung bei der Gewerkschaft des Steinkohlenbergwerks Friedrich der Große in Herne.

Eisenbahnpersonalien. Es wurden befördert: Lokomotivführer Bohrer II, Friedr.; Schmitt I, Heinrich; Hüter und Eckardt in Saarbrücken Bw. R. und Wegand in Böttlingen zum Oberlokomotivführer. Lokomotivheizer Samson in Neunkirchen zum Lokomotivoberheizer. Lokomotivheizer Sids in St. Wendel und Meurer in Dillingen zum Reserve-Lokomotivführer. Reservezugführer Schwickgebel in Homburg zum Zugführer. Die Eisenbahnbeamten Lang und Gebhardt in Neunkirchen, Forster in Homburg und Schommer in Saarbrücken H. B. zum Oberschaffner, Bahnsteigschaffner Klein in Illingen zum Bahnsteigoberschaffner.

Kirchliche Personalien. Versetzt wurden Kaplan Schumann von Diefflen nach Herdorf a. d. Sieg, Kaplan Göbel von Sulzbach nach Polch, Kaplan Friedrich Müller von St. Joseph in Saarbrücken als Subdirektor des bischöflichen Konvikts nach Brunn. Sein 25jähriges Jubiläum als Kirchen- und Schulinspektor in Wehrden konnte Herr Friedrich Karrenbauer in Wehrden begehen. — Aus der evangelischen Gemeinde Altenwald ausgeschieden ist Pfarrer Zilleßen in Altenwald.

Es erhielten Anweisung als Kaplan die Neupriester:

Aloys Beitscheider nach Wehrden, Philipp Dreanmüller nach Hostenbach, Arnold Fortuin nach Saarbrücken-St. Michael, Aloys Kaufmann nach Diefflen, Jacob Kleusch nach Böttlingen, Felix Mertens nach Saarbrücken-Mallstatt, Matthias Mutz nach Großrosseln, Ignaz Schmitz nach Dudweiler, Philipp Solsona nach Guchenbach, Nicolaus Staudt nach Kölln, Johann Tempel nach Jenne.

Der Kaplan zu Guchenbach, Bernard Meiborg, als Kaplan zu Sinzig; der Kaplan zu Mahan, Felix Krajewski, als Kaplan zu Saarbrücken-Mallstatt; der Kaplan zu Saarbrücken-Mallstatt, Friedrich Müller; als Subdirektor der Bischöflichen Konvikts in Brunn; der Kaplan zu Altwieser, Felix Schreiner, als Kaplan zu Ensborn; der Kaplan zu Ensborn, Johann Koller, als Kaplan zu Sulzbach; der Kaplan zu Sulzbach, Karl Göbel, als Kaplan zu Polch; der Kaplan zu Diefflen, Clemens Schumann, als Kaplan zu Herdorf; der Kaplan zu Dudweiler, Johann Thiele, als Kaplan zu Niedermendig; der Kaplan zu Kölln, Adam Schwarz, als Kaplan zu Ustelsangen; der Kaplan zu Jenne, Peter Pees, als Kaplan zu Gils.

Es wurden ernannt:

Der Kaplan zu Hostenbach, Michael Müller, zum Pfarrer von Gondenbreit; der Kaplan zu Wehrden, Johann Schöner, zum Pfarrer von Merxheid; der Kaplan zu Böttlingen, Peter Neumann, zum Pfarrer von Lauschied; der Religionslehrer an der Mädchenmittelschule zu Saarbrücken, Joseph Körbes, zum Pfarrvikar von Körperrich.

Todesnachrichten. Saarbrücken: Ernst Raedig, 78 Jahre;

Frau Katharina Hoffmann, geb. Kausch, 57 Jahre; Frau Elisabetha Wein, geb. Jann, 77 Jahre; Franz Sommer, 70 Jahre; Gustav Donsch, 53 Jahre; Karl Radke, 86 Jahre; Johann Dörrenbacher, 82½ Jahre; Heinrich Kung, 51 Jahre; Frau Sophie Hoffmann, geb. Mäurer, 69 Jahre; August Janson, 62 Jahre; Wwe. Peter Müller-Gallen, geb. Orth, 76 Jahre; Heinrich Reif, 69 Jahre; Anna Volleborn, 18 Jahre; Frau Sophie Römer, geb. Simon, 76 Jahre; Matthias Reusch, 15 Jahre; Moritz Sorg, 56 Jahre; Frau Wwe. Joseph Kranz, Elisabeth, geb. Fries, 79 Jahre; Winand Dreeßen, 60 Jahre; Joseph Marx, 71 Jahre; Frau Anna Simon, geb. Bertram, 51 Jahre; Frau Wwe. Katharina Raab, geb. Bähr, 69 Jahre; Heinrich Schumann, 63 Jahre; Frau Minna Krieger, geb. Hahn, 42 Jahre; Frau Anna Hübler, geb. Nitsche, 75 Jahre; Jakob Müller, 61 Jahre; Frau Sophie Melchior, geb. Beder, 50 Jahre; Edith Büchel, 6 Monate; Adolf Bingel, 70 Jahre; Friedrich Siegel, 62 Jahre; Daniel Stöcker; Ludwig Hans Steben.

Pfeiffer, 4 Monate; **Elisabeth Otterbach**, 5½ Jahre. — **Gersweiler**: Frau Heinrich Schuler, geb. Maria Hoffmann, 65 Jahre; Frau Sophie Jungfleisch, geb. Mathieu, 71 Jahre. — **Geislauren**: Peter Konter, 60 Jahre; Georg Blumann, 20 Jahre. — **Ottenhausen**: Rudolf Jung, 29 Jahre. — **Fürstenhausen**: Friedrich Franz, 17 Jahre. — **Stahlhammer**: Fritz Heinz, 62 Jahre. — **Louisenthal**: Matthias Schommer, 62½ Jahre. — **Altentessel**: Frau Margarete Calmes, geb. Schmidt, 45 Jahre. — **Genne**: Peter Kläs, 66 Jahre; Frau Magdalena Lambert, geb. Lambert. — **Fechingen**: Alexander Becker, 30 Jahre. — **Hanweiler**: Frau Wwe. Maria Rath, genannt Lina Begott, geb. Wagner, 50 Jahre. — **Böllingen**: Peter Reicher, 57 Jahre. — **Büttlingen**: Frau Elisabeth Krämer, geb. Meyer, 50 Jahre. — **Dudweiler**: Fräulein Maria Wagner, 64 Jahre; Maria Weyer, 26 Jahre; Fräulein Maria Heinz, 43 Jahre. — **Sulzbach**: August Warken, 28 Jahre; Nikolaus Berrang, 70 Jahre. — **Holz**: Friedrich Feld. — **Griesborn**: Frau Caroline Illing, geb. Römer, 65 Jahre. — **Altenwald**: Peter Schnur, 28 Jahre. — **Friedrichthal**: Frau Luise Fiedler, geb. Pfeiffer, 80 Jahre; Frau Johann Berg, Katharina, geb. Scheuer, 41 Jahre. — **Neunkirchen**: Wilhelm Fried, 71 Jahre; Wwe. Emma Hoppstädter, geb. Hebenthal, 62 Jahre; Friedrich Philippi, 27 Jahre; Friedrich Brandstetter, 61 Jahre; Frau Mina Brandstetter, geb. Gachot, 30½ Jahre; Wwe. Elisabetha Weiss, geb. Schneider, 68 Jahre; Frau Wwe. Konrad Kühner, Katharina, geb. Heinrich, 73 Jahre. — **Ottweiler**: Frau Heinrich Gillges, Elisabeth, geb. Bidelmann, 44 Jahre. — **Sandweiler-Reden**: Wilhelm Bauer, 79 Jahre. — **Emmersweiler**: Nikolaus Sengig, 67 Jahre. — **Wieselskirchen**: Frau Wwe. Karoline Wolfanger, geb. Schöpfer, 71 Jahre; Frau Ida Schmidt, geb. Biermann, 25 Jahre; Frau Chr. Eisenbeiß, geb. Müller; Frau Friedr. Landei, geb. Briß; Frau Wwe. Katharine Thowe, geb. Sahrer. — **Wellesweiler**: Frau Lina Leibenguth, 45 Jahre; Christian Neufang. — **Bous**: Johann Melchior Schneider, 82 Jahre. — **Dillingen**: Dr. Wilhelm Herwig. — **Ensdorf**: Frau Wwe. Claudius Rodé, Anna, geb. Becker, 83 Jahre. — **Saarwellingen**: Frau Ludwig Krämer, Anna, geb. Kaufhold, 30 Jahre. — **Saarlouis**: Frau Wwe. Eugen Ehrenberg, geb. Beria Schneppenleifer, 79 Jahre; Frau Wwe. Nikolaus Gergen, geb. Schnur, 64 Jahre. — **Fraulauern**: Frau Nikolaus Thiel, Katharina, geb. Jakob, 58 Jahre. — **Visdorf**: Katharina Fint; Frau Karoline Wolff, geb. Herz, 77 Jahre. — **St. Ingbert**: Frau Elisabetha Würß, geb. Kießling, 64 Jahre. — **Schwarzenholz**: Peter Schramm, 85 Jahre.

Vom „Bund der Saarvereine“.

Saar- und Pfalz-Berein, Leipzig, Ortsgruppe des Bundes der Saarvereine. Die diesjährige Weihnachtsveranstaltung, die am Dienstag, den 27. Dezember 1927 im Hotel Deutsches Haus am Königsplatz stattgefunden hat erfreute sich eines ganz besonderen Zuspruches, so daß der Saal sich als zu klein erwies. Das Programm war aber auch ein derart auserwähltes, daß der verwöhnteste Geschmack in bezug auf Kunst voll und ganz befriedigt wurde. Schon das Vorspiel, ausgeführt von den Herren Kammervirtuosen Kolb, Ulrich, Frau Gretel Fährdrich und Frä. Marianne Kolb, ließ auf einen besonderen bevorstehenden Kunstgenuss schließen, der alsdann durch den Gesang von Frau Lotte Fischer, begleitet von Herrn Gesanglehrer Alfred Forest erheblich gesteigert wurde. Den Höhepunkt der Darbietungen bildeten die Soli der Herren Kammervirtuosen Kolb und Ulrich (Violine und Flöte) mit der meisterhaften Begleitung von Frä. Marianne Kolb (Klavier). Die Begrüßungsansprache des 1. Vorsitzenden, Herrn Sester, führte die Landsleute zurück in die Heimat und rief wieder Jugenderinnerungen wach. Es wurde in ihr aber auch derer gedacht, die ihr Blut und Leben für die Heimat gelassen sowie der, die heute noch treue Wacht an der Saar und in der Pfalz halten, damit der rachsüchtige Feind, der ja kein Weihnachtsfest kennt und dem das Gloria in excelsi doch fremd ist, nicht die Scholle, auf der wir geboren sind, raubt. Ein Hoch galt den Brüdern und Schwestern in der Heimat. Den Mittelpunkt bildete, wie alljährlich, die Festansprache des 2. Vorsitzenden, Herrn Reichsgerichtsrat Linz. Nicht zuletzt sei noch der Kinder Amanda und Wilhelm Kannegießer gedacht. Nach dem gemeinsamen Liede: Stille Nacht, heilige Nacht fand die gegenseitige Bescherung statt, die durchweg große Freude auslöste.

§ Die Ortsgruppe Essen des Bundes der Saarvereine hielt am 26. Dezember ihr Winterfest ab. Die Veranstaltung war so zahlreich besucht, daß noch viele umkehren mußten. Es war dem Vorsitzenden eine besondere Freude, die zahlreich Versammelten zu begrüßen. Er wies darauf hin, daß die Bestrebungen des Saarvereins weit über das Ziel anderer Vereine hinausgingen. Ernste Sorge mache ihm die finan-

zielle Seite der Vereinsarbeit, auch der Bundesarbeit. Die Opferwilligkeit der Bevölkerung müsse noch ganz anders angeregt werden, besonders im Industriegebiet. Nach dieser ersten Mahnung ging man zum Feste über. Launige Vorträge, eine heiter verlaufene Verlosung und muntere Tänze wechselten miteinander ab. Die Verlosungsgegenstände waren größtenteils von den Mitgliedern gestiftet. Ein hübsches Spiel des Zufalls wollte es, daß der Hauptgewinn, ein lebender Hahn, von Herrn Fuchs gewonnen wurde. — Die kameradschaftliche Vereinigung ehemaliger 30er, Mitglied der Ortsgruppe Essen des Bundes der Saarvereine, hielt am 11. Dezember ihre Weihnachtsfest ab. Der Vorsitzende, Herr Kave, begrüßte besonders herzlich die Ehrengäste, Herrn Oberstleutnant Thomas, Herrn Reichstagsabgeordneten Adams-Essen und den Vorsitzenden des Saarer-Eins Essen, Herrn Debusmann. Letzterer dankte mit einer kurzen Ansprache, in der er auf die vielfachen Mühe und Verdienste des Saargebietes hinwies. Er bezeichnete die Saargefrage erst dann als gelöst, wenn in Saarlouis nicht mehr die Franzosen, sondern wieder die braven 30er die Wacht an der Saar hielten. Herr Adams gedachte in einer feinen Rede der Gefallenen des Regiments. Im weiteren Verlauf der Feier kam eine recht fröhliche kameradschaftliche Stimmung zum Ausdruck.

§ Ortsgruppe Dortmund. Zum dritten Male seit Bestehen des Saarvereins Ortsgruppe Dortmund fand am 8. Januar 1928 um 17 Uhr in unserm Vereinslokal Restaurant Berghoff, Körnerplatz, eine Weihnachtsfeier mit Bescherung der Kinder unserer Mitglieder statt. Eingeleitet wurde die eindrucksvolle Feier durch ein Musikstück, Klavier mit Violinbegleitung. Hierauf begrüßte der 2. Vorsitzende, Herr Ost, in Abwesenheit des 1. Vorsitzenden die sehr gut besuchte Versammlung mit warmen Worten, indem er auf die Bedeutung des Weihnachtsfestes, des Festes der Liebe und des Friedens, hinwies. Unter anderem schilderte Redner die Verhältnisse in unserer lieben Saarheimat, wo die Franzosen seit der Regierungsübernahme Polincars, trotz Völkerbund und Locarno, der Bevölkerung ihren Willen aufzuzwingen versuchen, aber stets vergeblich. So machte sich im letzten Jahre der Druck der französischen Grubenverwaltung auf die Saarbergarbeiter besonders deutlich bemerkbar, indem sie die französische Schulpolitik erneut in den Vordergrund rückte und durch Lohnabbau Arbeiterentlassungen und Verteuerung der Kohle die Bevölkerung zwingen wollte, ihre Kinder in die französische Schule zu schicken, um bei evtl. Massenbesuch dem Völkerbund sagen zu können: „Das Saargebiet ist kein rein deutsches Land“. Darin haben sich die Franzosen getäuscht, denn die Saarbevölkerung ist deutsch und wird ewig deutsch bleiben. Zum Schluß seiner Ansprache brachte Herr Ost ein „Hoch“ auf die liebe Saarheimat und ihre Bevölkerung aus, worin die Versammlung durch Erheben von ihren Plätzen und Hochrufen kräftig einstimmte. Auf die Ansprache folgte nun programmäßig ein Weihnachtsgedicht „Heilige Tage“. Hierauf ergriff Frau Pieß das Wort und schenkte im Namen der Damen des Vereins der Ortsgruppe Dortmund des Bundes der Saarvereine eine wunderbare Tischskulptur in den Saarbrücker und preussischen Farben und dem künstlerisch aufgemalten Winterbergdenkmal. Den Ständer dazu, ebenfalls kunstvoll gearbeitet, stiftete unser Mitglied Herr Gärner, wofür der Vorstand den Stiftern im Namen der Ortsgruppe herzlich dankte. Nun folgten Weihnachtsspiele, die hauptsächlich von unseren Kindern mit großem Eifer und voller Liebe zum Christkindchen aufgeführt wurden, abwechselnd mit gemeinsam gesungenen Weihnachtsliedern. Nachdem Knecht Ruprecht unter seinem Weihnachtsbaum Platz gefunden hat, beginnt die Bescherung, und zwar erhielt jedes Kind eine große Tüte mit leckerem Inhalt nebst einer großen Tafel Schokolade. Für das gute Gelingen der schönen Feier trugen in erster Linie bei die Frauen unserer Mitglieder Pieß und Bertel, sowie die Herren Pieß und Rasaltski, denen die Ortsgruppe zu ganz besonderem Dank verpflichtet ist und auch warme Worte der Anerkennung und des Dankes ausgesprochen wurden. Später trennten sich die Landsleute in dem Bewußtsein, eine echt saarländische Weihnachtsfeier untereinander fern von der Heimat verlebt zu haben.

§ Ortsgruppe Mülheim-Kuhr des Bundes der Saarvereine. Am Sonntag, dem 11. Dezember, nachmittags 4 Uhr, hielt die Mülheimer Ortsgruppe in den Sälen des Salamanders ihre diesjährige Nikolausfeier ab, zu der die Mitglieder mit ihren Angehörigen recht zahlreich erschienen waren. Vor allem die Jugend, die Nikolaus beglücken wollte, war gut vertreten. Eine Weihnachtsphantasie, gespielt von dem Herrn Oberprimaner Reinhardt, der sich gern in den Dienst unserer deutschen Saarsache stellte, leitete die Feier ein. Der Prolog: Saarmelancholie, gesprochen von dem Töchterchen unseres Kassiers Herrn Schillo, leitete zu der Begrüßungsansprache des Vorsitzenden Herrn Studienrat Rodler über, der die in so stattlicher Zahl Erschienenen willkommen hieß und frohen Verlauf der Feier wünschte, die letzten Endes dazu diene, unseren Zusammenhalt zu kräftigen und uns zu stärken im Kampfe um unsere Saargeheimat. Es folgte ein Theaterstück: „Peterchens Wunschzettel“.

das durch unser Mitglied Junt mit Kindern des Vereins eingeübt und von der Spielschar in ganz glänzender Weise auf der soeben fertig gewordenen neuen Bühne vorgeführt wurde. Dank gebührt den Mitgliedern Herrn Junt und Schmitt, die mit einfachen Mitteln die noch fehlende Szenerie als Stillbühne herzurichten wußten. Dank auch Herrn Scherdt für den wohl gelungenen Nikolaus im Spiel und bei der Bescherung und seiner Tochter, die sich in die Rolle der besorgten und liebenden Mutter recht gut einzufinden wußte. Reizend war das muntere Treiben der kleinen Zwerge und recht packend die Szene mit den Schutzengeln, dargestellt von den Vereinsdamen Fräulein Stenger und Seyb. Peterchen und Lischen, gespielt von dem Obersekundaner Truscha und der Lycealschülerin Kirsch, ernteten reiche Anerkennung. Dem Weihnachtsspiel folgte noch das Bühnenbild Glaube, Hoffnung und Liebe. Lang andauernder Beifall der Zuschauer lohnte die Spielschar und Spielleitung für die wohl gelungenen Aufführung. Nach einer kleinen Pause schloß sich die Besetzung an. Nikolaus erschien im Saal in feierlicher Aufmachung mit Mütze und Stab, von jung und alt begrüßt mit dem Gesang: „Laßt uns froh und munter sein“, und ging von Tisch zu Tisch große Tüten mit Leckereien verteilen. Dann nahm er auf der Bühne Platz und überreichte noch jedem eine kleine Gesandte ein dem Alter und Geschlecht angepasstes Geschenk, meist Spielsachen, wobei er es an guten Ermahnungen nicht fehlen ließ. Der Quintaner Rodler dankte am Schluß im Namen der rund fünfzig beglückten Kleinen:

„Hab heißen Dank Herr Nikolaus von all den kleinen Leut',
Dass du vom fernen Saarestrand gekommen zu uns heut!
Wir wollen artig sein und brav und fleißig auch dazu,
Aufmerksam in der Schule stets und lernen immerzu.“

Auch denken ans Saarbrücker Land, das Heimat uns noch ist,
Denn ein getreu Saarbrücker Herz das Saarland nicht vergißt.
Dum grüße das Saarbrücker Land und bring ihm unsern Schwur:
Wir werden stets dir bleiben treu hier an der schönen Ruhr.“
Ein Weihnachtsgedicht, vorgetragen von der kleinen Lutta, vertiefte noch die durch die Aufführung hervorgerufene Weihnachtsstimmung. Es folgte eine Verlosung für die Großen, die bezüglich der Gewinne die Mitglieder zufriedenstellte. Leider brachte sie für den Verein nicht den finanziellen Erfolg, den man sich versprochen hatte. Nach Erledigung der Festfolge sprach der Vorsitzende allen denen seinen innigsten Dank aus, die zur Verschönerung der Fester beigetragen und so sich für unsere gute Saarsache verdient gemacht hatten. Zu den bereits Genannten seien noch die Vorstandsmitglieder Herr Schillo, Lutta und Landsloth lobend erwähnt, die auch diesmal recht viele Arbeit bei den Vorbereitungen hatten. Am Schluß wünschte der Vorsitzende allen Mitgliedern und Angehörigen frohe Weihnachten in der Hoffnung, daß auch endlich unserer Heimat eine ungetrübte deutsche Weihnacht beschieden sein möge nach baldiger Abschüttelung der schon allzu lange getragenen französischen Knechtschaft. Noch bis tief in die Nacht saßen die alten Getreuen zusammen, singend, tanzend und scherzend und schieden in dem Bewußtsein, diesmal eine noch schönere Nikolausfeier als im vergangnen Jahr erlebt zu haben.

§ Ortsgruppe Düsseldorf des Bundes der Saarvereine. Die erste Monatsversammlung des neuen Jahres fand am Dienstag, den 10. Januar 1928, im Restaurant „Bürgerhaus“, Ecke Ost- und Hüttenstraße statt. Gegen 21 Uhr eröffnete der Vorsitzende, Herr Dr. Kill, dieselbe mit herzlicher Begrüßung der Erschienenen, denen er vor allem ein kräftiges „Prosit Neujahr“ zurief. Zunächst gab der Vorsitzende einen kurzen Rückblick auf die Ereignisse des letzten Jahres, die unsere Heimat betreffen. Heute sind 9 Jahre vorüber von den 15 Jahren, die das Saargebiet nach dem Friedensvertrag von Versailles als selbständiges Staatsgebilde bestehen soll. Hoffentlich kehrt nach Verlauf der nächsten 7 Jahre unser geliebtes Land an der Saar in unser großes deutsches Vaterland zurück! — Sodann erteilte der Vorsitzende Herrn Siegwart das Wort zum dritten Teile seiner Vortragsfolge über: „Die Wirtschaftsgeschichte des Saargebietes“. Herr Siegwart behandelte in seinem heutigen Vortrag das Saargebiet als selbständiges Wirtschaftsgebilde, also die Zeit von 1820 bis zur Jetztzeit. Mit größtem Interesse folgten wiederum die Anwesenden den klaren Ausführungen des Vortragenden, der seine Zuhörer fast drei Viertelstunden lang in Aufmerksamkeit und Spannung hielt. Reicher Beifall erscholl darum am Schluß des Vortrags. Der Vorsitzende dankte noch ganz besonders dem Redner, der sich in so lebenswürdiger Weise zur Verfügung gestellt, und die umfangreiche und schwierige Materie in so gemeinverständlicher, klarer und ansprechender Art in seiner dreiteiligen Vortragsfolge gemeißelt

hat. — Nach Erledigung verschiedener vereinsgeschäftlicher Angelegenheiten fand der offizielle Teil der Versammlung sein Ende, und der gemütliche Teil mit angeregtester Unterhaltung, heiteren Vorträgen, gemeinsam gesungenen Saarliedern und Musikdarbietungen unserer „Hauskapelle“ hielt alle Teilnehmer noch etliche Stunden beisammen.

§ Die Ortsgruppe Stettin des Bundes der Saarvereine hielt am 9. Dezember 1927, abends 8½ Uhr, im Gartenrestaurant „Lindenhof“ zu Stettin in Gegenwart von 28 Mitgliedern und Gästen die 30. Monatsversammlung ab. Letztere wurde in Abwesenheit des dienstlich verhinderten Vorsitzenden, der den Erschienenen seine Grüße entbieten ließ, durch den 1. Schriftführer Oberzahlmeister a. D. Schmidt eröffnet. Als neue Mitglieder wurden Regierungs-Bezirkspräsident Postetter, Dr. Lange und Proturist Hoffmann aufgenommen; die Gesamtzahl der Mitglieder beträgt nunmehr 49. Dem nach Hamburg verreisten Mitgliede Dr. Tschundt wurde in Anbetracht seiner großen Verdienste die Ehrenmitgliedschaft des Saarvereins verliehen. Nach Bereinigung einiger Differenzen ist die Ortsgruppe der Arbeitsgemeinschaft der Grenzlandverbände vom 1. Januar 1928 ab wieder beigetreten. Wegen vorgetommener Betrugsfälle (Fall Bender) ist die Zahlung von Unterstützungen an angeblich Bedürftige eingestellt worden. Als Veranstaltungsleiter wurde an Stelle von Dr. Tschundt, der bis zu seiner Uebersiedlung seine wertvollen Kräfte dem Verein widmen wird, Kaufmann Buchardt gewählt. Bekanntgegeben wurden schließlich noch die Aufforderung des Werbeausschusses des Tannenbergs-Nationaldenkmal-Vereins, e. V., in Allenstein zur Stiftung von Spenden für das genannte Ehrenmal sowie das von einer Geldspende für die Ortsgruppe begehrte Dankschreiben des Ehepaars Behrentkamp für die ihm anlässlich der Silberhochzeit erwiesene Aufmerksamkeit, endlich der Dank von Dr. Tschundt für die ihm verliehene Ehrenmitgliedschaft. Nach Schluß des offiziellen Teiles blieben die Mitglieder in gemütlicher Unterhaltung, die zeitweise durch Verlesung einiger Gedichte in saarländischer Mundart seitens des Dr. Tschundt unterbrochen wurde, noch lange zusammen. — Am 7. Januar 1928, abends 8½ Uhr, beging die Ortsgruppe im „Lindenhof“ zu Stettin unter Beteiligung von etwa 80 Mitgliedern und Gästen — darunter der Vorsitzende der Arbeitsgemeinschaft der Grenzlandverbände Rektor Gnoth — ihr Winterfest, verbunden mit nachträglicher Weihnachtsfeier. Verwaltungsdirektor Bogel von der Geschäftsstelle „Saarverein“ zu Berlin, der ursprünglich sein Erscheinen zugesagt hatte, in letzter Stunde aber verhindert war, hatte der Versammlung telegraphisch seine besten Grüße mit herzlichem „Glückauf für 1928“ entboten. Der Abend war mustergerüstig vorbereitet von dem neuen Veranstaltungsleiter Kaufmann Buchardt, unter Assistenz von Zivilingenieur Ehrhardt, dem inzwischen nach Hamburg verreisten Dr. Tschundt und der Pächterin des „Lindenhof“, der Firma Schröder & Winkelmann. Nach der Begrüßungsansprache des Vorsitzenden, Oberregierungsrats Dr. Stegner, brachten die Pianistin und Klavierlehrerin Erna Gronow sowie ihre Schwester, die Gesangslehrerin und vormals Herzoglich Sachsen-Altenburgische Hofopernsängerin Hedwig Gronow aus Stettin das „Halleluja“ von Hummel und „Weihnachten“ von Humperdinck mit meisterhafter Schmelze zu Gehör. Es schloß sich an der Vortrag erstklassiger Männerchöre durch Mitglieder des Schülischen Gesangsvereins unter Leitung von Herrn Berndt. Seiner Festansprache legte der Vorsitzende die Ereignisse des Jahres 1927 im Saargebiete zugrunde, um daran zu beweisen, wie notwendig auch jetzt noch das Bestehen des Saarvereins sei; er endete mit einem begeistert aufgenommenen Hoch auf das Vaterland sowie auf das deutsche Saargebiet, woran sich das Deutschlandlied anschloß. Nach einigen weiteren Männerchören und dem Vortrage der Lieder „Weilchen“ von Mozart und „Der Rußensohn“ von Schubert seitens der Schwestern Gronow betätigte sich Mitglied Stod als Humorist und leitete so über zum Erscheinen des gaben spendenden Nikolaus, der mit Fritz Herrmann eine verzeihselte Ähnlichkeit hatte. Mit dem gemeinsamen Abgesang des „Saarlieses“ erreichte der offizielle Teil sein Ende und wurde nunmehr abgelöst durch eine Verlosung, zu der insbesondere auch die Berliner Geschäftsstelle Saarverein „in ganz besonderer Anerkennung der unermüdblichen Tätigkeit der Ortsgruppe“ verschiedene Druckschriften, Gravüren und Ansichtskarten gestiftet hatte, sowie durch den anschließenden Tanz, der die Anwesenden bis zur frühen Morgenstunde zusammenhielt. Allen Veranstaltern, Mitwirkenden und der Geschäftsstelle „Saarverein“ nochmals an dieser Stelle herzlichen Dank!

Erscheint zunächst monatlich zweimal: am 1. und 15. mit der vierteiligen illustrierten Monatsbeilage „Saar-Heimatbilder“. Bestellungen nur durch die zuständigen Postanstalten (Postzeitungsliste S. 268) erbitten. In Sonderfällen erfolgt Zufendung durch die Geschäftsstelle Saar-Verein e. V., Berlin SW. 11, Königsgrüher Straße 94. Fernsprech-Anschluß: Amt Bergmann 3243. — Bezugspreis monatlich 60 Goldpfennig. — Alle Zahlungen auf Postcheckkonto Berlin NW. 7, Nr. 665 36 oder auf Deutsche Bank, Postkassenk. O. Berlin SW. 47, Bille-Alliance-Platz 15, in beiden Fällen für Konto „Geschäftsstelle Saar-Verein e. V.“ mit dem Vermerk „Saar-Verein“ erbitten. — Für den Gesamthalt verantwortlich: Kurt Meurer, Berlin. — Verlag: Geschäftsstelle „Saar-Verein e. V.“, Berlin SW. 11, Königsgrüher Str. 94; Druck: Deutscher Schriftenerlag, Berlin SW. 11.